

Die 'Viertel' ...

Die achtzehnjährige ...

# GEZEIRHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Hohn und Spott statt Brot

Die Herren des deutschen politischen Himmels, die Reaktionen im Reich und von Preußen, haben, in offenkundiger Uebereinstimmung mit der Reichstagsmehrheit, die Schleusen ihres Jorns geöffnet und Pech und Schwefel regnen lassen auf das Sodom und Gomorra eines sündigen Beamtenvolkes. Eines Beamtenvolkes, das die Sünde geübt hat, auch satt werden, auch Stiefel und Kleider besitzen, auch leben zu wollen mit Weib und Kind. Und das des weiteren Frevels beichtigt wird, den offenen Kampf für dieses Lebensrecht vorbereitet zu haben, nachdem es in namenloser Geduld monatelang der Gnade jenes ärmlichen Himmels untertänig gewärtig war. Die Regierungen haben das Streikrecht der Beamten brutal vernichtet und die Interpellation unserer Partei, die Gelegenheit bieten soll, sie deswegen zur Rechenschaft zu ziehen, wird von Tag zu Tag verschoben.

In einem sozusagen demokratisch und parlamentarischen Mittelstücken regierten Lande hat sich eine Regierung wohl noch nie so unverantwortlich und herausfordernd gegenüber den Bediensteten des Staates gezeigt wie die Stresemann-Regierung in der Frage der Beamtensoldatung und während der gegenwärtigen Krise im Beamtenslager. Seit einer kleinen Weile geht das Gerüde über die Reform der Beamtensoldatung hin und wieder. Statt sie zu beschleunigen, wurde sie durch allerlei kleinliche bürokratische Instanzenbedenken aufgehalten. Die gefügigen Beamtensverbände taten auf Bittgang. Jeder dieser Wege zu den Vorjahren der Minister hatte eine neue Versicherung des Wohlwollens, eine wiederholte Mahnung zur Eile und schließlich Erfüllung zur Folge, und nur die Rücksicht verbarg sich hinter den würdigen Neben das hämische Grinsen des Hohnes der in ihrer Position sicheren obigen Bürokratie.

Dieser Sippe, die auch heute noch nach wilhelminischen Maximen die eigentliche Herrschaft führt, war es ein Verhängnis, der Masse der mittleren und unteren Beamten, der Untergebenen, die Macht der Herren und die Ohnmacht der Kleinen fühlbar zu machen. Die Masse war aufgebracht worden. Sie hatte sich organisiert und während der Kapp-Episode sogar politisch gestreift. Nun hatte man Gelegenheit, sie mürbe werden zu lassen, und diese Gelegenheit ist weiblich benutzt worden.

Einige der Beamtensorganisationen halfen sogar selber, milde Tröstungen und väterliche Mahnungen statt reichliches Brotes anzuteilen. Ihre Leitungen sind von einer Geringschätzung erfüllt, die sie sich zu eng verbündet mit den regierenden Parteien, als daß sie es wagen würden, sich gegen die Macht der oberen Beamten, der willigen Diener und hämischen Ohrenläser eines reaktionären Regimes, zu erheben. Die Organisationen der Beamten sind zerstückelt und uneinig und von ganz verschiedenen Tendenzen geleitet, so daß im Falle des Aufbegehrens einer Gruppe andere, willfährige Schichten bereitstehen würden, um die Auffässigen niederzuzwingen zu helfen. Die obere Bürokratie hatte es sich herzwiegen lassen, diese Gegenseite zu vertiefen. Sie konnte ihr Spiel also mit Ruhe fortsetzen und hatte noch die Aussicht, daß es ihr gelingen würde, im Falle von ernsthaften Schritten der Beamtensmassen einen Teil der unruhigen Elemente abzustreifen. Nicht umsonst steht in dieser Krise die Bedeutung immer wieder, daß die Erhöhung der Gehälter den Abbau des bürokratischen Apparates und die wirtschaftlichere Gestaltung der Betriebe nötig mache — ein Vorwand, der läßlich wäre, wenn man nicht wüßte, was dahinter verborgen ist, wenn die „Reinigung“ der Eisenbahnen immer gerade die Vertrauensleute gewisser Organisationen für die Unwirtschaftlichkeit der Betriebe verantwortlich gemacht und mit der Entlassung bestraft werden. Man denkt ja nicht daran, die Organisation der Betriebe und die Fähigkeiten ihrer Leiter zu prüfen, um hier die Gründe für die Schuldenwirtschaft zu suchen.

Alles das glaubt man sich leisten zu können. Spinnt doch die obere Bürokratie ihre Fäden bis in die letzten Teille der Verwaltung hinein. Überall sitzt ein kleiner Despot, der Augen gehorsamst nach oben, den Stiefelabsatz brutal nach unten gerichtet. Wie einst — im Kai. Ein Blick der höheren oder höchsten Herren und ein Verbot liegt vor, mit dem man alles bequämen und erreichen kann, was ein Beamtenfeindliches, reaktionäres Herz begehrt.

Den Beamtensausschüssen fehlen entscheidende Rechte und sie leiden infolge der Zersplitterung der Organisationen zudem an innerem Kräfteverwund. Sie dürfen das Vertrauensverhältnis zwischen Verwaltung und Beamtenschaft stärken und die Interessen der Beamten vertreten, behufs Erhaltung ihrer Arbeitsfreudigkeit und Vermeidung von Reibungen. Im übrigen darf der Ausschuss sich über allgemeine, innerdienstliche Angelegenheiten gütlich äußern und ebenso gütlich Stellung nehmen zum Erlaß von Anordnungen, die den inneren Dienst und persönliche Angelegenheiten betreffen, sofern der Chef des Fall für „geeigneter“ hält, um ein solches Gutachten des Ausschusses zu veranlassen. Darüber hinaus bezieht sich schrankenlos das Feld des ebenfalls langsam wie früher funktionierende Verwaltungsbetriebes und — die Personalaffären, zwei

#### Französische Warnungen an Polen

##### Beginnende Einsicht?

Paris, 11. Dezember.

Humanität stellt mit, daß Ministerpräsident Daguès gestern im Kammerauschuss für Auswärtige Angelegenheiten zugegeben hat, daß Polen imperialistischen Zielen nachjage und das es von dieser Krankheit noch nicht geheilt sei. Er fügte hinzu: Wir empfehlen Polen, auf seine hoffliegenden Pläne zu verzichten und fordern die polnische Regierung auf, sich ruhig zu verhalten, wenn sie einem Zusammenbruch entgegen will, der einem zweiten Angriff gegen Rußland folgen würde. Die Herrscher in Warschau haben besseres zu tun, als den Krieg wieder anzufangen. Sie müssen daran denken, sich zu organisieren, und vor allen Dingen versuchen, ihrem Finanz- und Wirtschaftseisend ein Ende zu bereiten.

Die hochbedeutsame Erklärung des französischen Ministerpräsidenten ist ein Beweis dafür, daß nun auch die französischen imperialistischen Kreise, bisher die fanatischsten Befürworter der Intervention in Rußland, einzusehen beginnen, daß weder die Förderung Wrangels und anderer Abenteurer, noch die Unterstützung Polens gegen Sowjet-Rußland der französischen Politik Erfolge verpricht. Die Erklärung von Daguès genügt natürlich nicht, um das russische Volk von der Friedensbereitschaft Frankreichs zu überzeugen. Den Worten des französischen Ministerpräsidenten müssen entsprechende Taten folgen, die vor allem in der Verzichtleistung auf jede Intervention und in der Anerkennung der Sowjet-Regierung bestehen müßten.

##### Die sächsische Regierung

Dresden, 11. Dezember.

Die Besprechungen des Ministerpräsidenten Sud mit den unabhängigen Abgeordneten Dipinski, Fleischer und Jädel, haben gestern nachmittag zu dem Ergebnis geführt, daß Dipinski das Ministerium des Innern, Fleischer das Kultusministerium und Jädel das Arbeitsministerium übernimmt, so daß zusammen das Kabinett folgendes ermaßen zusammenge setzt ist: Ministerpräsident: Sud (Soz.), Wirtschaftsminister:

der gefährlichsten antidemokratischen Rückstände aus der guten alten wilhelminischen Zeit.

Die Propaganda gegen das Streikrecht der Beamten ist keineswegs, wie Unkundige vielleicht glauben mögen, neuesten Datums. Die jüngste herausfordernde Kundgebung der Regierung und die Sonderaktion des Herrn Sieberts konnten nur entstehen auf einem gut vorbereiteten Boden. Die Regierung war in der Lage, sich auf eine bereits am 20. Februar 1920 abgegebene Erklärung der preußischen Staatsregierung gleichen Sinnes zu berufen. Aber auch innerhalb der Reihen der Beamten wird diese Propaganda bereits seit längerer Zeit betrieben. Die Schrift des Herrn Alkotte, die wir mehrfach erwähnen mußten, ist wohl eine der bedeutendsten, aber bei weitem nicht die einzige Erscheinung dieser Art. Andere Geister von gleicher Gesinnung arbeiten beständig im selben Sinne. Das hat zahlreiche Beamte uns sicher gemacht, hat ihr Selbstbewußtsein, den Glauben an ihre Kraft zermürbt. So konnte man es wagen, den jüngsten Generalangriff auf das Streikrecht der Beamten zu führen.

Der Deutsche Beamtensbund hat dieser Brutalität keinen Widerstand entgegengesetzt, obwohl gerade die gegenwärtige Situation die Abwehr leicht gemacht hätte. Es ist ein Hohn, dem Briefträger, der mit seiner Familie hungert, oder dem niederen Eisenbahnbeamten und Tausenden von anderen Staatsbediensteten gleicher Kategorie vom Dienst und von Vorkommen zu sprechen in dem Augenblick, da der Staat seine Pflichten gegenüber seinen Angestellten schmähtlich verletzt und sie obendrein die Macht des Unterdrückers fühlen läßt. In der Erklärung der Regierung gegen das Streikrecht wird gesagt, der Staat müsse mit den Beamten ein Verhältnis eingehen, „daß diese zur völligen Eingabe an den Staat verpflichtet“. Hat der Staat seinerseits etwas dazu beigetragen, daß ein solches Verhältnis entstehen konnte? Das Verhältnis zwischen Beamtenschaft und Staat aber ist ein reines Arbeitsverhältnis, und der Beamte übt seine Tätigkeit auf Grund eines Arbeitsvertrages aus, genau wie jeder Arbeiter und Angestellte der privaten Industrie. Er muß mithin auch das Recht haben, an der Gestaltung dieses Arbeitsverhältnisses durch Anwendung der letzten gewerkschaftlichen Mittel mitzuwirken.

Der „Vorwärts“ führt einen geradezu lächerlichen Eier tanz auf, um sich um die Beantwortung der Frage des Beamtensstreiks herumzudrücken. Er erhebt folgendes zum Grundsatz:

rium: Schwarz (Soz.), Justizministerium: Dr. Jarnisch (Soz.), Ministerium des Innern: Dipinski (Unabh.), Kultusministerium: Fleischer (Unabh.), Arbeitsministerium: Jädel (Unabh.), Finanzministerium: Jädel (Soz.)

#### Die eingeworfenen Fenster Scheiben

Auch Amerika protestiert gegen die deutschen Ministerreden

DA. Paris, 11. Dezember.

Die Mehrzahl der Pariser Zeitungen läßt sich von ihren Berliner Korrespondenten melden, daß sich der amerikanische Geschäftsträger in einer besonderen Verbalnote dem englisch-französisch-belgischen Protest gegen die Reden deutscher Minister im besetzten deutschen Gebiet angeschlossen habe. An Berliner zuständigen Stellen war bis zur Stunde über dieses Vorgehen Amerikas nichts Näheres zu erfahren.

#### Beamtenstreik in Oesterreich

Die Bewegung beendet

Ein Streik der Staatsbeamten in Wien, der einige Zeit anhält, ist abgebrochen worden. Verhandlungen zwischen der Regierung und den ausländischen Staatsbeamten, die am Freitag stattfanden, haben zu einer Einigung geführt. Das Aktionskomitee der ausländischen Beamtenschaft betont in seinem Aufruf zur Aufhebung der Arbeit, daß die Beamten zwar teilweise Zugeständnisse gemacht hätten, angesichts der bedrohlichen Finanzlage des Staates aber doch dem Grundsatze gleicher Behandlung aller Staatsangestellten zum Durchbruch verholfen hätten.

#### Gerüchte über Longuets Tod

In den Abendstunden verbreitete sich gestern auf den Berliner Redaktionen das Gerücht, daß der Genosse Jean Longuet in Paris gestorben sei. Nachforschungen, soweit sie in später Abendstunden noch möglich waren, ergaben indes keine Bestätigung dieses Gerüchtes, so daß anzunehmen ist, daß ein Irrtum vorliegt. Hoffen wir, daß unsere Annahme sich bestätigt.

Man kann behaupten, daß die Beamten kein Streikrecht besitzen, aber man kann nicht bestreiten, daß sie sich dieses Recht unter Umständen einfach nehmen werden.

Auf den gleichen Ton sind die ganzen Ausführungen des Artikels gestimmt, so daß der Leser den Eindruck hat, als zähle jemand an den Worten Knöpfen ab: sie haben es, sie haben es nicht. Das Streikrecht nämlich. Wir finden, daß die Beamten in ihrer gegenwärtigen sozialen Lage das Streikrecht einfach nicht entbehren können und darum kämpfen müssen, wenn man es ihnen widerrechtlich vorenthält.

Der Deutsche Beamtensbund hat das nicht getan. Seine Erklärung zur Lage ist der Verzichts auf das Streikrecht. Das Vertrauen breiter Schichten von mittleren und unteren Beamten zu ihm muß dadurch auf schwerste erschüttert werden. So brennend notwendig die Lohnzulagen sind, wichtiger als sie war in dieser Stunde die Wahrung des Streikrechts. Der Beamtensbund aber hat dadurch, daß er die Reaktion in diesem Augenblick gewähren läßt, sich selbst der Möglichkeit beraubt, in Zukunft einmal ernsthaft das Streikrecht für seine Organisationen in Anspruch nehmen zu können. Niemand wird ihn dann ernst nehmen.

Der Beamtensbund hat anscheinend auf das Streikrecht verzichtet in der Hoffnung, die Lohnzulagen dadurch in Ruhe unter Dach bringen zu können. Wir fürchten, er hat falsch kalkuliert. Einer Beamtenschaft, die den Willen und die Kraft zur Wahrung ihres Streikrechts gezeigt hätte, hätte man auch die Besoldungsverbesserungen nicht vorenthalten können. So aber hat der Deutsche Beamtensbund eine Situation herbeigeführt, in der die Gehaltszulagen fast wie ein Judaslohn erscheinen, für den das Streikrecht preisgegeben wurde. Oder hat sich der Deutsche Beamtensbund die Kraft zur Führung des Kampfes um das Streikrecht nicht zugetraut? Dann soll er abtreten und die Aufgabe der Organisation der Beamten anderen Kräften überlassen, denen es ernst ist mit dem Kampf der Beamten um ihr freies Bürgerrecht und um eine menschenwürdige Lebenshaltung.

Aber mögen sich die Dinge im Deutschen Beamtensbund so oder so entwickeln, das abgewürgte Streikrecht der Beamten muß wieder hergestellt werden. Den energischeren Elementen in der Beamtenschaft ist eine neue große Aufgabe erwachsen. Sie werden jetzt begriffen haben, daß sie nur lösen können im engen Anschluß an unsere Partei, der einzigen, die für das Recht der Beamten kämpft und ihrer Lage Rechnung trägt. Mögen sie sich dessen schon bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Preußen erinnern.

# Seltene Bedenken

## Der „Vorwärts“ und die Sozialisierung

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ hatte in ihrer letzten Nummer einen Artikel veröffentlicht, in dem sie die Sozialisierung der Kohle und der Schwerindustrie fordert. Das Organ des Metallarbeiterverbandes hatte dargelegt, daß paritätisch zusammengesetzte Kommissionen im Sinne der Arbeitsgemeinschaft derartige Probleme nicht zur Entscheidung bringen können, denn die Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsweise sei eine Nachtfrage. Da das Proletariat seine Macht für die Sozialisierung einsetzen müsse, sei an den Vorstand des V. D. G. B., an die sozialistischen Parteien und an die gewerkschaftliche Betriebsräte-Zentrale die Forderung zu richten, Aktionen in die Wege zu leiten, um die Sozialisierung aus den Beratungszimmern herauszunehmen und sie in den Betrieben und, wenn nötig, auf der Straße zur Entscheidung zu bringen.

Diese selbstverständliche Forderung der Metallarbeiterzeitung, der wir uns anschließen, hat den „Vorwärts“ veranlaßt, auch einmal die Frage der Sozialisierung der Kohlewirtschaft zu erwägen. Bisher hat das Blatt stets nur mit vorfichtigen Fingern an der Frage herumgetastet, und einmal mußten wir es sogar dabei erlauben, daß es Sympathien für die Stinnes-Pläne zeigte. Nun ist der „Vorwärts“ über diesen „Alarmruf“ der Metallarbeiter-Zeitung, wie er es nennt, tödlich erschrocken. Sein Herz tritt die Wandlung abwärts an. So ein Alarmruf, schreibt das Blatt, könne mehr verderben als gutmachen. Man kann wohl durch große Aktionen, durch den Generalstreik und durch die Wucht der Straße einen Rapp-Putsch zum Zusammenbrechen bringen und eine Regierung stürzen, aber nicht eine völlig neue Wirtschaftsform einführen. Dazu seien andere Voraussetzungen nötig.

Somit meint der „Vorwärts“ also nicht, daß die Frage der Sozialisierung eine Nachtfrage ist, die nur entschieden werden kann im härtesten Kampfe zwischen Proletariat und Kapital. Man kann zwar durch die Wucht der Straße nicht die Wirtschaftsform umformen, aber man kann damit die gesellschaftlichen Voraussetzungen für neue Wirtschaftsformen erkämpfen. Und man muß durch diesen Kampf auf solche Art die machtpolitischen Voraussetzungen schaffen, damit jene anderen Voraussetzungen zur technischen und organisatorischen Umformung der Wirtschaft im sozialistischen Sinne, die der „Vorwärts“ erwähnt, erst Wirklichkeit werden können. Hat das die „Vorwärts“-redaktion nicht begriffen? Oder lehnt sie die Führung dieses Kampfes ab? Es war Zeit, daß darüber Klarheit geschaffen wird. Die Bewegung um die Sozialisierung befindet sich in einem Stadium, das diese Klarheit dringend erfordert. Bevor der offene Kampf noch ausbricht, muß die Arbeiterklasse wissen, was sie von der rechtssozialistischen Partei zu halten hat.

# Kein Kommunalisierungsgesetz

Auf die von dem rechtssozialistischen Abgeordneten Heimann gestellte Anfrage an die Reichsregierung, wann sie das Kommunalisierungsgesetz vorzulegen gedenke, hat jetzt der Reichsminister des Innern, Koch, geantwortet, daß nach der Überreichung des Entwurfs, da die bürgerlichen Kreise einmütig grimmige Verfüng des Regierungsentwurfs herangezogen worden sei. Sie könne aber nur auf Grund eingehender Verhandlungen, auch mit den anderen beteiligten Reichsressorts und den Landesregierungen, erfolgen.

Einen genauen Zeitpunkt gibt Koch nicht an. Seine Antwort also lautet mit anderen Worten: Die Regierung denkt nicht an die Vorlegung eines solchen Gesetzes, da die bürgerlichen Kreise einmütig grimmige Gegner der Kommunalisierung sind. Diese Antwort übertrifft uns nicht, denn auch die Kommunalisierung wird erst das Ergebnis des siegreichen Kampfes der Arbeiterklasse gegen die bürgerliche Regierung sein.

# Märchenerzähler Köfide

Bei der gestrigen Ernährungsdebatte im Reichswirtschaftsrat hat der Führer des Bundes der Landwirte, der Abgeordnete Köfide, seinen Zuhörern Märchen vorgetragen. Er, der in den nächstfolgenden Verhandlungen des Haushaltsausschusses des Reichstags erklärte, daß die Landwirte natürlich keine Kartoffeln zu billigen Preisen oder umsonst abgeben gedenke, ohne den daraus erfließenden Einnahmeausfall durch Erhöhung der Preise für die übrigen Kartoffeln zu decken, hat hier in der Öffentlichkeit das Gegenteil dargelegt. Er behauptete, daß in seinem mährischen Heimatort von den Landwirten etwa 7000 Zentner Kartoffeln umsonst geliefert worden seien und fuhr fort:

„Ich selbst habe davon 300 Zentner zur Verfügung gestellt. Bisher sind mir aber nur 200 Zentner abgenommen worden, der Bedarf scheint also nicht so groß zu sein. (Hört, hört!)“

Oh, dieser edle Ritter Köfide! Natürlich wurde er ob seines Reichs sehr bedauert und es erlösten lebhafteste Hört! Hört!-Rufe. Wir möchten aber an den Herrn Köfide die Anfrage richten, an wen er dann die Mitteilung hat gelangen lassen, daß er Kartoffeln umsonst abgegeben gedenke, denn wir sind begierig, zu erfahren, an welcher Stelle kein Bedarf für Gratiskartoffeln vorhanden ist. Wir glauben nicht, daß es eine solche Stelle gibt, und erklären uns jedenfalls sehr gerne bereit, Herrn Dr. Köfide die Namen von Tausenden von Erwerbslosen, von Kriegsbeschädigten und Rentnern mitzutellen, die Abnehmer nicht nur für 100, sondern für Tausende Zentner Kartoffeln sind. Ob Herr Dr. Köfide sich wohl an uns wenden wird?

Daß aber eine solche Behauptung im Reichswirtschaftsrat überhaupt ausgesprochen werden kann, ohne daß ein solcher Redner mit dem Fluch der Böcherlichkeit beladen, sofort abtreten muß, ist kennzeichnend für dieses Parlament, das anscheinend überhaupt nicht den Anspruch darauf erhebt, Ernst genommen zu werden.

# Die Monarchisten in der Klemme

Die „Deutsche Zeitung“, das Hauptorgan der Rappisten und Dorthilente sucht die Wirkung unserer gestrigen Veröffentlichungen abzuwässern, indem sie erklärt, Form und Inhalt der Veröffentlichungen ließen bereits erkennen, daß es sich „offenbar um Fälschungen“ handele. In derselben Notiz bemerkt sie jedoch zum Schluß, es werde sich sehr natürlich sehr bald herausstellen, daß unsere Darstellungen ein ausgelegter Schwindel seien. Die „Deutsche Zeitung“ hat also offenbar selbst kein großes Vertrauen zu ihrem eigenen Dementi. Im übrigen können wir versichern, daß die Erwartung des Rappisten-Organs schiefgeschlagen wird, da außer den von uns veröffentlichten Dokumenten umfangreiches Material über die verschwörerische Tätigkeit des Obersten Bauer, General Biskupski uim. vorhanden ist.

Im ganz sicher zu gehen, gibt die „Deutsche Zeitung“ nach echter Judasart schon jetzt die beiden genannten Verschwörerhüpflinge preis. Oberst Bauer, schreibt sie, sei nachgerade in ganz Deutschland als ein Phantast bekannt, dem es an den einfachsten Grundlagen für politisches Fühlen und Handeln fehle. Der russische General Biskupski sei ebenfalls als phantastischer Plänermacher bekannt. Hinter beiden Männern stehe nicht einmal ein kleiner Kreis einflußreicher Personen, geschweige denn irgendeine Partei oder größere Organisation. Wir wagen zu behaupten, daß die „Deutsche Zeitung“ mit diesen Erklärungen bewußt die Oessentlichteit irrezuführen sucht. Ihr Abwärtelungsversuch ist nur ein Zeichen, wie unangenehm den monarchistischen Kreisen die Aufdeckung der verschwörerischen Machenschaften des Obersten Bauer und seiner Komplizen ist. Da die Tatsachen nicht abzukreiten sind, versuchen sie wenigstens, sich in letzter Stunde ein Alibi zu verschaffen.

# Das bedrohte Wohlleben

Seitdem die Wucherbehörden mit etwas mehr Energie als früher gegen den Luxus und das Wohlleben der Reichen in den Gaststätten vorgehen, toben die Interessenten und die bürgerliche Presse vor Enttäufung. Jedem Hotelier, der am Schleichhandel ein reicher Mann wird, jeder Hotelgesellschaft mit Riesengewinnen, die in die Tresors der großen Banken fließen, öffnen sie willig ihre Spalten. Selbstverständlich wird auch der Reichswirtschaftsrat, dessen Funktionen man dadurch richtig einschätzt, dazu benützt, um einen Protest gegen das Verhalten der Behörden bei der Ueberwachung der Hotels einzulegen.

Der Durchsuchung des Hotels Kaiserhof ist Freitagabend die Durchsuchung einer großen Konditorei Schilling am Kurfürstendamm gefolgt. Ferner sollen Verhaftungen von Vorstandsmitgliedern und Direktoren sowie Geschäftsführern führender Hotels, Eplanade, Kaiserhof, Bristol, Excelsior, bevorstehen.

Diese Tatsache hat die Entrüstung aller bestehenden Kreise hervorgerufen. Für den heutigen Sonntag ist eine Versammlung des Vereins Berliner Hotelbesitzer einberufen und bürgerliche Blätter teilen bereits jetzt mit, daß eine Umfrage zwischen den führenden Hotels ergeben hat, daß sie ab Montag zum Protest gegen das staatsanwaltschaftliche Vorgehen ihre Betriebe bis auf weiteres schließen wollen.

Durch diese Drohung dürfen sich die Behörden aber nicht einschüchtern lassen. Sie müßte im Gegenteil dazu führen, daß gegen alle diese Kreise die Bestimmungen noch viel schärfer durchgeführt werden. Denn in diesen Städten tobt sich der Luxus der bestehenden Kreise aus, der Schleichhandel erfährt durch sie die gewaltigste Förderung, während die Versorgung der Massen immer ungenügender und teurer wird.

# Aus der Welt des Profits

## Aufregung bei den Getreidehändlern

Vor einigen Monaten wurde der Inhaber und der Prokurist der Getreidegroßhandlung Wartner in Freiberg in Sachsen, die den Getreideeinkauf für den Kommunalverband Freiberg besorgte, wegen Wuchers in Untersuchungshaft genommen. Es soll nun herausgestellt haben, daß fast sämtliche deutsche Firmen des Getreidegroßhandels an der Angelegenheit beteiligt sind. In Chemnitz, in Dresden, in Leipzig, in Berlin, in Bayern und in anderen Gegenden hat man Leute verhaftet und sie dann wieder gegen hohe Kaution auf freien Fuß gesetzt. Die bürgerliche Presse berichtet, daß die Aufregung im Getreidehandel außerordentlich groß sei. Er herrsche Totenstille am Markt, kein Mensch mag mehr Geschäfte machen. Der Verband sächsischer Getreidegroßhändler bereits eine große Protestaktion vor. Es soll sich bei diesem Verfahren um den Verdacht außerordentlicher Schiebung von Lebensmitteln, und insbesondere von Hafer ins Ausland handeln.

Die Aufregung der Getreidehändler kann man ebenso verstehen, wie die Entrüstung der Hotelbesitzer, als man gegen einige der ihrigen härter vorgeht, als man es sonst gewohnt war. Die Grundlagen des kapitalistischen Staatswesens müssen ja ins Wanken geraten, wenn die Justizbehörden wirklich ernsthaft etwas gegen den Wucher und gegen Schiebung des „reellen“ Handels unternehmen wollen. Und diese Leute haben nicht so unrecht. Wo beginnt der Wucher? Bei 5, bei 10, bei 20 oder bei 100 Prozent Verdienst? Die kapitalistische Wirtschaft ist auf der Ausbeutung und auf der Verwüftung der Schwächeren durch die Kapitalisten aufgebaut. Und deshalb darf der Staatsanwalt höchstens gegen einige aus Diktatorpaar eingemerkte Schieber etwas unternehmen, die schon durch ihre Sprache und durch ihre Taten zeigen, daß sie nicht zu dem „reellen“, handelsgerichtlich eingetragenen, öffentlich getauschten oder läßlich behaltene Handel gehören. In die Wurzel der kapitalistischen Wirtschaft darf er aber nicht rühren.

# Die Münze der Orgesch

Wir berichteten vor kurzem, daß der Verband bayerischer Industrieller zur Finanzierung der Orgesch von seinen Mitgliedern eine einmalige Spende in Höhe des zehnjährigen Jahresbeitrages eingefordert hat. Hier ist ein neuer Beteiligter:

Bayerischer Industriellen-Verband e. V.  
München E II, den 1. Dezember 1920.  
Connenstr.

An unsere verehrlichen Mitglieder!  
Unser Rundschreiben, mit dem wir um Zeichnung einer einmaligen Spende in Höhe eines zehnjährigen Jahresbeitrages gebeten haben, ist erfreulichem Maße von gutem Erfolge begleitet gewesen: ein großer Teil unserer Mitglieder hat unsern Ruf Folge geleistet. Leider vermissen wir noch Ihren geschätzten Beitrag. Wir wären Ihnen für baldige Antwort dankbar, da wir wahrheitsgemäß schon in absehbarer Zeit erhebliche Aufwendungen zur Abwehr großer Gefahren für die Sicherheit und Ruhe des Landes zu leisten haben. Wir befinden uns in einer ersten Krise. Verjäumen auch Sie nicht, jetzt ein Opfer zu bringen, dessen Unterlassen sich vielleicht schwer rächen würde. Wir hoffen sicher darauf rechnen zu können, daß auch Sie uns nicht im Stich lassen.

Hochachtungsvoll  
Bayerischer Industriellen-Verband e. V. ges. Eppner, 2. Vors.

Unter Abwehr großer Gefahren verstehen die bayerischen Industriellen natürlich den Widerstand, den die Arbeiter dem kommenden Rechtsputsch entgegenzusetzen werden. Sie sammeln ihre Gelder, um den Putsch zu sichern, damit sie dann die Arbeiter wieder fest unter die Fuchtel nehmen können. Lernet daraus! Die Organisationsgespaltener arbeiten den Rechtsputschisten weiter in die Hände. Die Gefahr wächst. Nur eine geschlossene Einheitsfront kann sie abwenden.

Gewalttätigkeit in Rumänien. Nach einer Deno-Meldung aus Bukarest hat das dortige Kriegsgericht nach mehrwöchiger Verhandlung (eben Führer des letzten Generalstreiks zu 5 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Unter ihnen befinden sich die beiden Abgeordneten Roscomowitsch und Socor. Der Abgeordnete Dragu wurde freigesprochen.

# Parteispaltung in der Schweiz

Bern, 11. Dezember.

Der Schweizer sozialistische Parteitag lehnte mit 350 gegen 25 Stimmen den Eintritt in die dritte Internationale ab, worauf die Parteifraktion den Saal verließ; sie wird an den weiteren Arbeiten der Partei nicht mehr teilnehmen.

# Revolutionäre Aktionen der Kommunisten

Die „Internationale“, das von den Neukommunisten geführte Organ zum Vorantreiben der Revolution, sieht, wie die ganze kommunistische Bewegung zur Zeit, mangels aller anderen Erfolgsmöglichkeiten seine heiligsten Aufgaben darin, ihre „revolutionäre Aktionskraft“ gegen die Unabhängige Partei zu richten. Ein Beispiel für diese. Der Streik im Zwidauer und Zugau-Delesniger Kohlenrevier gibt ihr Veranlassung zu folgenden Ausfällen gegen die soeben gebildete sozialistische Regierung in Sachsen:

„Die eben gebildete „nein sozialistische“ Regierung Sachsens wird bei diesem Streik gleich zu zeigen haben, wie sie in Zukunft zu reagieren gedenkt. Bisher hat sie scheinbar (1) die Vertreter der Bergarbeiter auf „Verhandlungen mit Berlin“ hingeworfen. Der Bergarbeiterstreik ist von unmittelbarer Wirkung auf die gesamte sächsische Industrie, die durch das Ausbleiben der Kohlenzufuhr stillgelegt zu werden droht. Die sozialistische Regierung hat also die Pflicht, ohne den Wünschen der Zechenbarone nachzugeben, im Interesse des gesamten sächsischen Proletariats den Bergarbeitern rasch und mit allen Mitteln zum Siege zu verhelfen. Ob die Regierung dies tun wird, ob sie sich zu dem Streik so verhalten wird wie ihre Vorgänger, die Koste imitierten und die früheren Bewegungen der Bergarbeiter mit Reichswehr und Staatsanwälten niedergeschlagen haben, wird abzuwarten sein. Aber es kann nicht zweifelhaft sein, welche Haltung in diesem Fall die sächsischen Kommunisten der Regierung gegenüber einnehmen würden, obwohl sie „sozialistisch“ ist.“

Hierin tritt nicht mehr „scheindar“, sondern ganz offen die Absicht zutage, die sozialistische Regierung unter allen Umständen zu diskreditieren. Kommt eine Verständigung zustande, welche die „Internationale“ zern, sobald die von ihr aufgestellten, dann auszuführenden Forderungen nicht erfüllt sind. Die „Internationale“ hat sich offenbar als gelehrige Schülerin Paul Berns seiner Theorie von der „Mogalen Unterstützung“ der Regierung erweist zu eigen gemacht. In diesem nur Zeichen glaubt sie „siegen“ zu können. Daß die Unabhängige Partei und die ihr angehörenden Regierungsmitglieder nicht mit Reichswehr und Staatsanwälten gegen die um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter vorgehen werden, weiß natürlich die „Internationale“, ohne daß sie abzuwarten braucht, Anzeichen die Unabhängige Partei bis zum heutigen Tage die kommunistische Theorie von dem Terror „auch gegen Arbeiter“ verwirft und für alle Zukunft verwerfen wird.

# Eine Falschmeldung

In der neukommunistischen Presse, die über die Feststellung der Genossen Martow und Abramowitsch über Sowjetrußland äußerst betroffen ist, wird fortgesetzt der Versuch gemacht, die erwähnten Genossen persönlich zu diskreditieren. So wird von Genossen N. Abramowitsch behauptet, er sei gar nicht als Delegierter des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei aus Rußland gekommen, sondern lebe bereits über einem Jahr in einem Berliner Vorort. Diese Nachricht ist frei erfunden; Genosse Abramowitsch hat Rußland erst am 1. November d. J. verlassen. Ebenso unrichtig ist die Behauptung von Ruß, daß Genosse Abramowitsch mit Jermow identisch sei. Die gegen unsere russischen Genossen gerichteten persönlichen Schmähungen werden die Wirkung ihrer sachlichen Darlegungen nicht abzuwässern vermögen.

# Pfeffer in Untersuchungshaft

Die Meldung von der Verhaftung des monarchistischen Organisationsleiters Hauptmann von Pfeffer, die wir in der Wochenausgabe vom Sonnabend brachten, bestätigt sich. Wolffs Bureau meldet: Hauptmann a. D. v. Pfeffer ist von dem außerordentlichen Gericht bei dem Reichswehrgruppenkommando zu Weimar wegen bringenden Verdachts eines Verbrechens gegen die Verfassung des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. März 1920 betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nötigen Maßnahmen auf Grund des Artikels 103 Abs. 2 der Reichsverfassung in Untersuchungshaft genommen worden.

Auf den Prozeß sind wir neugierig.

# Demokratischer Parteitag

In Nürnberg wurde gestern der 2. Demokratische Parteitag eröffnet. Fast alle führenden Mitglieder der demokratischen Partei, darunter die Minister Koch und Gehler, nahmen an der Tagung teil.

Nach den Begrüßungsansprachen und einer Debatte über Organisationsfragen ergriff der Parteivorsitzende, Dr. Peter J. das Wort zu einem Vortrag über die politische Lage. Er wendete sich in recht matter Weise gegen den kürzlich stattgefundenen Parteitag der Deutschen Volkspartei und trat für die Wahrung der demokratischen Republik ein, die nach dem Wahlenbruch die einzige Möglichkeit darstelle, zur Rechtsordnung zurückzuführen. Es sei Hauptaufgabe der deutschen demokratischen Partei, nach wie vor national und sozial gerichtet zu sein. Alle soziale Maßnahmen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet durchzuführen zu können, müsse an unserer liberalen Wirtschaftspolitik festgehalten werden! Das Marx'sche Wirtschaftsmodell sei Vergeßlichkeit aller Produktionsmittel müsse gerade aus sozialen Gründen abgelehnt werden. Herr Peter J. sang dann noch ein Loblied auf das kapitalistische Wirtschaftssystem, das in der hinter uns liegenden Jahrzehnten bewiesen habe, daß es auch bei Lebenslage der Arbeiterschaft zu heben geeignet sei. Die Demokratie sei nun bedroht, nicht nur durch die Monarchisten von rechts und die Anhänger der Diktatur von links, sondern noch mehr durch das Vorgehen der sozialistischen Parteien. Damit müßte der Vorsitzende der Demokratischen Partei die an die Ausschüsse der Parteitag an dem Parteitag der Deutschen Volkspartei an, die hauptsächlich auf dem Gedanken aufgebaut waren, daß die sozialistischen Parteien verlegt hätten und deshalb der erstarrten bürgerlichen Front den Weg räumen müßten.

Als zweiter Redner sprach Chefredakteur Rucke über die Aufgaben einer vernünftigen demokratischen Außenpolitik. Die Revandepolitik der Nationalisten lehnte er ab und forderte die Umgestaltung des Völkerbundes auf demokratischer Grundlage. Die französischen Imperialisten wünschten jetzt Monarchien in Budapest, Wien und München, um Deutschlands Einheit zu zerstören. Das Bekenntnis zur unantastbaren Republik sei deshalb eine politische Großtat, und wer sich nicht auf den Boden der Verfassung stelle, sei kein Demokrat. (Lebte Zustimmung.) Nach diesen beiden politischen Referaten sprach der bayerische Handelsminister Hamm über das Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten.

# Bern

## Sammlung der revolutionären Kräfte der Welt

Von Artur Crispian.

Die Berner sozialistische Konferenz vom 5. bis 7. Dezember 1920 ist in der Geschichte der Arbeiterbewegung als Anfang des Gesundungsprozesses der internationalen Arbeiterbewegung ein bedeutendes Ereignis. Sie ist der Ausgangspunkt der Ueberwindung der fruchtlosen Phase, der Einleitung einer dauernden aktiver internationaler proletarischer Politik und der Beginn der Sammlung der revolutionären Kräfte der Welt.

Die ununterbrochenen Krisen und Katastrophen, die gegenwärtig die Völker aller Länder heimsuchen, lassen erkennen, daß die Entwicklung der Produktivkräfte die Stufe erreicht hat, die sie innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt zu erreichen vermag, ohne deren Bestand zu gefährden. Oekonomisch sind die Grundlagen für eine höhere Organisation der Gesellschaft, des sozialistischen Gemeinwesens, gegeben. Die Zentralisation des Kapitals bis zur Vorherrschaft des Finanzkapitals, die fortschreitende Vergesellschaftung der Produktion durch die Unternehmerrorganisationen, die ökonomische Vereinigung der Völker aller Länder in der Weltwirtschaft. Die Elemente der sozialistischen Gesellschaft sind politisch durch die kapitalistischen Staatsorganisationen gefesselt. Die Aufgabe der Arbeiter ist es, durch die Eroberung der politischen Macht die Elemente der sozialistischen Gesellschaft frei zu legen und zur vollen vollen Entwicklung zu bringen.

Mit dem Ausbruch des Krieges dankten die Rechtssozialisten als Partei des revolutionären Klassenkampfes ab. Sie schlossen Burgfrieden mit der Bourgeoisie, machten deren imperialistische Bestrebungen zu den ihrigen und übernahmen infolge ihrer Durchhaltepolitik mit der Verantwortung auch für die unerträgliche Dauer des Krieges. Während der Revolution koalitierten sich die Rechtssozialisten mit ihren alten Burgfriedensparteiern, sprengten damit die Front der Arbeiterklasse und ruhten nicht, bis die bürgerliche Demokratie — die verkappte Diktatur der Kapitalisten — wieder anstelle der Diktatur des Proletariats getreten war. Ihren nationalen Reformismus wolle sie auch ins Internationale übertragen, durch kampflose Versuche, die zweite Internationale wieder aufzurichten. Das Proletariat aber kann seine geschichtliche Mission nicht erfüllen durch Pakte mit der Bourgeoisie, durch Arbeitsgemeinschaften mit den Kapitalisten, durch Reformismus und bürgerliche Demokratie. Der Kapitalismus ist der Todfeind der Arbeiterklasse!

Die Taktik der Kommunisten führt zu denselben Wirkungen, wie die Taktik der Rechtssozialisten: zur Sabotage der proletarischen Weltrevolution. Die russischen Kommunisten gründeten 1919 unter Ausschaltung der revolutionären sozialistischen Parteien eine neue Internationale. Sie sollte nach den eigenen Aussprüchen der Kommunisten eine Propagandagesellschaft für den Kommunismus und ein Sprengkörper gegen die sogenannten sozialistischen Zentrumsparteien sein. Die Bestrebungen der russischen Kommunisten, alle Arbeiterorganisationen zu zertrümmern, die sich nicht bedingungslos dem kommunistischen Diktat unterordnen wollten, wurden durch den zweiten Kongreß der kommunistischen Internationale, 1920 in Moskau, verstärkt und der Bruderkampf von Arbeitern gegen Arbeiter systematischer denn je von Land zu Land getragen.

Die russischen Kommunisten haben für ihre Anhänger den Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie umgewandelt in einen Krieg von Arbeiter gegen Arbeiter. Arbeiter werden verwirrt, irreführt, abgestoßen und demoralisiert. Durch eine persönliche Hege, die ohne Beispiel ist in der Geschichte der Arbeiterbewegung, durch einseitigen Versammlungsterror wird jede sachliche Auseinandersetzung und Klärung unmöglich gemacht, solange die Arbeiter nicht die Kraft finden, mit solchen wahnsinnigen Methoden Schluss zu machen. Dieselben Kommunisten, die jeden aufrechten Klassenkämpfer maßlos beschimpfen, wenn er seine eigene Meinung vertritt, können gegenüber Vertretern anderer Klassen sehr tolerant sein. Bündnis der russischen Kommunisten mit Enver Pascha. Radek verherrlicht Enver Pascha als einen hervorragenden Soldaten. Er ist allerdings ein hervorragender Soldat, dieser Enver Pascha, denn er war einer der Hauptmörder bei den armenischen Verheeren gewesen. Die kommunistische Internationale stellt nichts anderes dar als eine internationale Organisation der russischen kommunistischen Partei und darf nur nach den besonderen russischen Methoden benutzt werden.

Für die Kommunisten existiert in der Weltrevolution nur die russische Frage. Gewiß ist es von der größten Bedeutung für das Proletariat aller Länder, Sowjetrußland mit zu schützen und zu sichern, freilich nicht durch platonische Gebete, sondern durch praktische Verteidigung. Es grenzt aber an Selbstmord, wenn die russischen Kommunisten ihre ganze Kraft daran setzen, die letzte und einzige internationale Arbeiterorganisation — die internationale organisierten freien Gewerkschaften — die noch intakt und aktionsfähig genug ist, für Sowjetrußland praktisch in Aktion zu treten, zu verlästern und zu zerfallen. So wichtig die russische Frage ist, so sehr das Schicksal der Weltrevolution unlosbar mit dem Schicksal Sowjetrußlands verbunden ist, so wenig darf übersehen werden, daß es für die Arbeiter auch noch die Frage der proletarischen Revolution in den mittel-europäischen und westeuropäischen Ländern gibt.

Ziel, Mittel und Wege der proletarischen Weltrevolution können nur gemeinsam vereinbart werden von den revolutionären Arbeiterparteien aller Länder. Sie müssen international orientiert sein und zugleich ermöglichen, daß die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Ländern beachtet werden können. Diese Notwendigkeiten wollen die Kommunisten nicht anerkennen, und darum sind sie unfähig, das Klassenbewußte Proletariat aller Länder international zu vereinen und zu führen. Die kommunistische Internationale ist lediglich vom Ruhm Sowjetrußlands und von der Sympathie der Arbeiter für Sowjetrußland. Sie selbst hat absolut nichts getan, um die Weltrevolution zu fördern, sie hat nicht eine einzige internationale Aktion zu Stande gebracht. Im Gegenteil, ihr Wirken schwächt und lähmt die Arbeiter national und international.

Das Proletariat würde sich aber von allen verlassen fühlen und völlig verzweifeln, wenn nicht endlich eine internationale Organisation zustande käme, die fest auf dem Boden des revolutionären Marxismus steht, die den Kampf der Arbeiter aller Länder um ihre Befreiung planmäßig organisiert und die Massen zur Erreichung des Endzieles zu praktischen Aktionen führt. Diese Erkenntnis führte die Vertreter der sozialistischen revolutionären Parteien Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Rußlands, der Schweiz und der Tschecho-Slowakei zu der Konferenz in Bern zusammen.

Auf der Berner Konferenz waren revolutionäre sozialistische Parteien vertreten, die über alle Erfahrungen eines jahrzehntelangen Klassenkampfes verfügen und die durch keine noch so großen weltpolitischen Ereignisse an den revolutionären marxistischen Grundgedanken irre geworden sind. Bei der Erörterung der grundsätzlichen Fragen stellte es sich heraus, daß die beteiligten Parteien in allen Grundfragen eine einheitliche Auffassung vertraten. Die verworrenen, einander durcheinander und widersprüchlich waren dagegen die Ansichten jener Parteien, Gruppen und Sekten, aus denen der zweite Kongreß der kommunistischen Internationale zusammengesetzt war. Ich habe der Tagung in Moskau sowohl als auch der in Bern beigewohnt und konnte mich persönlich davon überzeugen. Neben den Kommunisten traten in Moskau Syndikalisten und Anarchisten aller Schattierungen auf. Wenn die Beschlüsse des kommunistischen Kongresses letzten Endes in jedem Fall nach dem vorgefassten Willen der russischen Kommunisten zustande kamen, dann lag es daran, daß die russischen Kommunisten — nach Radeks Gehändnis — den Kongreß in der Tasche hatten. Wie sollten auch zum Beispiel die Rufas von China, Vertreter einer Priesterkaste, in ihren Ansichten übereinstimmen mit proletarischen Klassenkämpfern!

Die Berner Konferenz hatte vorbereitenden Charakter. Ihre Aufgabe war es, die Situation festzustellen, in der sich gegenwärtig die Weltrevolution befindet. Sie hatte ferner den Arbeitern klarzumachen, welche unmittelbaren Aufgaben zu erfüllen sind. Sie mußte weiter die Mittel und Wege aufzeigen, die zur Erfüllung dieser Aufgaben anzuwenden sind. Die Berner Konferenz hat die Erwartungen der Arbeiter erfüllt, wie aus dem veröffentlichten Aufruf an die sozialistischen Parteien aller Länder ersichtlich ist. Schon auf der vorbereitenden Berner Vor-Konferenz hatten sich Vertreter der sozialistischen revolutionären Parteien aus dem Osten und dem Westen zusammengesunden. In der an-

## Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der USPD

Am Dienstag, den 14. cr., abends 6 1/2 Uhr, berichteten die Genossen

Toni Sender und Robert Dilmann im großen Saal der

„Neuen Welt“, Hasenheide,

über den

Londoner Kongreß der Amsterdamer gewerkschaftlichen Internationale

Ritzstübchen sowie Funktionärausweise der Partei und Gewerkschaften legitimierten.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg U. S. P. D.

gebahnten Verbindung der Arbeitermassen des Ostens und des Westens liegt eine der größten Bedeutungen der Berner Konferenz. Denn so notwendig für die Arbeiter der mitteleuropäischen und westeuropäischen Länder die Lehren und Beispiele der russischen Revolution sind und so unentbehrlich die Unterstützung durch das russische Proletariat ist, so notwendig ist auch das Auftreten der Arbeiter in den mitteleuropäischen und westeuropäischen Ländern für die russische Revolution.

Ging von dem kommunistischen Kongreß die Parole der Zertrümmerung und Spaltung der Arbeiterorganisation aus, so kommt von Bern der Ruf der Sammlung, der Zusammenfassung der revolutionären Kräfte der Welt. Nur wenn die sozialistischen revolutionären Parteien aller Länder mit Einschluß der kommunistischen Partei sich zu einer Internationale zusammensuchen, wird das Proletariat aller Länder über eine aktionsfähige, siegreichende Internationale verfügen. Das ist das nächste Ziel, das erreicht werden muß und für dessen Verwirklichung die Berner Konferenz die Vorbedingungen geschaffen hat.

Das Proletariat hat schon zu viel kostbare Zeit verloren mit den Auseinandersetzungen über blutleere Dogmen und wirklichkeitsfremde Prinzipien. Es darf nicht länger säumen, den internationalen Klassenkampf gegen den internationalen Kapitalismus geschlossen mit aller Macht aufzunehmen. In kurzer Zeit, am 22. Februar 1921, wird in Wien eine internationale sozialistische Konferenz zusammengetreten, deren Aufgabe es ist, die praktischen Kämpfe der Arbeiter für den Sozialismus unmittelbar zu eröffnen.

Wie die Unabhängigen Sozialdemokraten in Deutschland während des Krieges die Fahne des Sozialismus aufnahmen, die die Sozialpatrioten hatten fallen lassen, wie die Unabhängigen Sozialdemokraten in Deutschland die Arbeiter in wachsendem Maße um die Fahne des Sozialismus sammelten und sie mit Vertrauen zum Sozialismus und Freude zum Kampf erfüllte, wie die Unabhängigen Sozialdemokraten in Deutschland während des Krieges den Krieg gegen den Krieg führten und die Revolution vorbereiteten, so pflanzen die sozialistischen revolutionären Parteien der Berner Konferenz in dieser Stunde der Verwirrung und der Not die Fahne des Sozialismus auf, so rufen sie die revolutionären Arbeiter aller Länder zur brüderlichen Vereinigung auf dem Boden des selbständigen proletarischen Klassenkampfes, für die Weltrevolution, auf. Höri die Signale!

## Krise im Beamtenbund?

Der Deutsche Beamtenbund hat nicht nur auf das Streikrecht, sondern nun auch auf eine Abkündigung der Beamten über die Beschlüsse des Reichstages verzichtet. Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten teilt dagegen mit: „In der Sitzung ihres erweiterten Vorstandes vom 9. und 10. Dezember in Berlin hat bekanntlich die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter Urabstimmung unter ihren Mitgliedern beschlossen. Man dachte dabei zunächst an ein gemeinsames Vorgehen mit dem Deutschen Beamtenbund. Da aber der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes inzwischen keinerlei die Notwendigkeit zur Vornahme einer Urabstimmung nicht anerkannt hat, so muß hier ergänzend mitgeteilt werden, daß der Beschluß der Reichsgewerkschaft auch für den Fall gilt, daß ein gemeinsames Vorgehen mit dem Deutschen Beamtenbund nicht möglich ist.“

Mit diesem Vorgehen setzt sich die Reichsgewerkschaft in direkten Gegensatz zu dem Deutschen Beamtenbund. Es war vorauszu-sehen, daß das lellsame Benehmen der Leitung des Deutschen Beamtenbundes eine Krise in den Beamtenorganisationen herbeiführen würde.

## Unsoziales Verhalten der Reichsversicherung

Die Angestellten sollen doppelte Beiträge zahlen!

Aus den bei der Volkssfürsorge versicherten Angestellten freilich wird ausgeschrieben:

Bei der Erhöhung der Gehaltsgrenze für die Angestelltenversicherung auf 15 000 M. ab 1. Mai dieses Jahres, hatten viele angestellterisch organisierte Angestellte von dem Rechte Gebrauch gemacht, sich von der eigenen Beitragsleistung zu befreien, indem sie einen Privatversicherungsvertrag mit der Volkssfürsorge abschlossen. Diese Angestellten sind nun durch das mehr als bürokratische Verhalten der Reichsversicherungsanstalt in die größte Verlegenheit gekommen. In kaum einem Falle wird die Befreiung statt erledigt. Die Reichsversicherungsanstalt sendet vielmehr Briefe von großem Umlange in die Welt hinaus, in denen sie alle möglichen Nachfragen stellt. Außerdem wird von den Angestellten verlangt, daß sie die Beiträge zur Angestelltenversicherung solange zahlen sollen, bis ihre Befreiung von der Angestelltenversicherung ausgesprochen wird. Der Angestellte muß also zweimal Beiträge entrichten, was bei der wirtschaftlichen Lage der Angestellten natürlich sehr bitter empfunden wird.

Der Endtermin zur Antragstellung bei den Privatversicherungs-gesellschaften war der 30. Juni d. J., während die Anträge wegen Verzögerung von der eigenen Beitragsleistung bei der Angestelltenversicherung bis zum 30. August eingereicht werden mußten. Es sind nun bereits 5 bis 6 Monate verstrichen, seitdem die Angestellten doppelte Beiträge entrichten müssen.

Die Handlungswiese der Reichsversicherung ist derart unsozial, daß sie nur auf das Schärfste verurteilt werden kann.

Wir wollen nicht behaupten, daß die Versicherer der Volkssfürsorge besonders schlecht behandelt werden, aber wir glauben nicht, daß die großen privatkapitalistischen Gesellschaften, die sonst einen großen Einfluß auf die Gestaltung des Gesetzes gehabt haben, sich eine derartige Behandlung ihrer Versicherten gefallen lassen. Wohin soll es führen, wenn ein aus Angestelltenmitteln unterhaltenes Institut wie die Reichsversicherungsanstalt, das doch soziale Tätigkeit ausüben soll, durch unnötige Maßnahmen und Schreibereien ihre Verwaltungskosten steigert?

Der Angestelltenverband aber mag folgendes gesagt sein: Wenn schon bei einer einfachen Befreiung von der eigenen Beitragsleistung von der Angestelltenversicherung derartige Schwierigkeiten gemacht werden, wieviel mehr wird es erst geschehen, wenn einmal die Angestelltenversicherung in die Lage versetzt wird, die Auszahlung der Renten zu beginnen. Da steht es für die Angestellten schon jetzt auf der Hut sein und bei der kommenden Neugestaltung der Versicherung alles daran zu setzen, den Ausbau dieses Instituts so sozial wie möglich zu gestalten und die reaktionären Maßnahmen, die noch zur Verschlechterung der Reichsversicherung geplant sind, einmütig abzuwehren.

## Deutschnationale Verleumder

Wegen Beleidigung der früheren sozialdemokratischen Reichsminister hatte sich am Freitag vor der Sitzstunde des Landgerichts Frankfurt a. O. der Rittersgrabenbesitzer von Stühner-Corbe aus Siegersdorf bei Brieden i. Mark zu verantworten. Der Angeklagte hatte in einer Versammlung in Neuhardenberg als Redner der deutschnationalen Volkspartei erklärt, daß die sozialdemokratischen Minister ihre Gehälter in Gold auszahlten ließen. In einer anderen in Kersdorf stattgefundenen deutschnationalen Versammlung hatte er als Hauptredner behauptet, daß von der Regierung gegen ihn wegen dieser Erklärung ein Strafverfahren gestellt worden sei, obwohl er bereits richterliche Verurteilungen gehabt habe. Weiter hatte er behauptet, die Regierung habe Eisen nach Breslau verschoben, um sie dadurch zu beschleunigen. Schreibemann habe einen Schlag und habe die kriegsähnlichen Wägel für sich beschlagnahmt. Gebert habe ein apfeliges Leben, er unterhalte Reispferde und dessen Frau lerne telen. — Als Nebenkläger trat der frühere Reichsminister Robert Schmidt auf. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 1000 M. Geldstrafe und Veröffentlichung des Urteils in den Frankfurter Zeitungen, im Kreisblatt sowie im schwarzen Brett des Gemeindevorsteherz in Siegersdorf.

## Das Sperrgesetz gegen die Beamten

Im Hauptauschluß wurde gestern die Beratung des Sperrgesetzes beendet. Lebhafteste Debatten gab es bei den §§ 6 und 7. § 6 war bereits in der vorhergehenden Sitzung erledigt. Die Regierungspartei wünschte jedoch darauf zurückzutreten, weil in dem § 6 festgelegt ist, daß die gewerkschaftlichen Berufsorganisationen der Beamten Einspruchsrecht haben sollten gegen den Entschluß des Finanzministers. Die Genossen Zieg und Hoch von den Rechtssozialisten erhoben Einspruch dagegen, daß man einen erledigten Paragraphen noch einmal zur Beratung stellen wollte. Die Regierungspartei widerstand darauf eine zweite Beratung für Montag an. Beim § 7 überholte sich der Kampf um das Recht der gewerkschaftlichen Berufsorganisationen der Beamten, die nach diesem Paragraphen das Recht haben sollen, einen unabhängigen Beisitzer vorzuschlagen. Insbesondere zeigten die Regierungspartei und die Regierung selbst einen Widerwillen gegen das Wort gewerkschaftlich, was Genossen Zieg zu der Bemerkung veranlaßte, die gewerkschaftlichen Organisationen wickeln auf bestimmte Parteien und Regierungsvertreter wie das rote Tuch auf ein bellantes Tier. Das Zentrum und die Demokraten, die im Unterauschluß diese Forderung zugunsten der gewerkschaftlichen Berufsorganisationen mitvertraten hatten, stellten Kläglich um. Es wurde das Mitbestimmungsrecht der Berufsorganisationen bei der Zusammenlegung des Schiedsgerichts abgeändert durch die Bestimmung, daß die Berufsorganisationen vorher zu hören seien. Im übrigen wurde die Regierungsvorstellung von der Mehrheit angenommen.

Die Beratungen über die Beförderungsordnung wurden ebenfalls fortgesetzt. Beim § 7, Obersekretäre betreffend, kam es zu langen erregten Auseinandersetzungen, erdgültig wurden aber die Beschlüsse des Unterausschusses von der Mehrheit des Ausschusses gutgeheißen. Ein Regierungsvertreter Preußens war extra herüber gekommen, um zu veranlassen, daß der Beschluß des Hauptauschusses, die Amtsgehilfen betreffend, umgestoßen werde. Die Amtsgehilfen sind auf Antrag der U. S. P. D. von Gruppe 2 in Gruppe 3 gehoben worden. Der Hauptauschluß hatte dies in seiner ersten Sitzung bestätigt und nun wünschte Preußen das rückgängig zu machen, weil es sonst mit seiner Beförderungsordnung dem Beschluß folgen müßte. Dieses Bedenken scheiterte an dem Widerspruch der U. S. P. D. Vertreter. Der Vorsitzende Pachniks wendete alle nur erdenklichen Mittel an, um die U. S. P. D. umzustimmen. Es kam zu längeren Auseinandersetzungen zwischen ihm und der Genossin Zieg, die schließlich erklärte, sie würde unter keinen Umständen die Hand dazu legen, der preussischen Reaktion die Bahn ebener zu helfen.

Darauf wurde die nochmalige Beratung auf die zweite Sitzung verschoben.

Nichtstehung. Der Deputant, der in Halle als Kassierer der Orpheus über 10 Millionen Mark unterlassen hat und damit großen Schaden folgend, nach Dessau verbannt ist, heißt nicht Lehmann, sondern Kiehm.

## Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk

5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Beldung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an. Spoz.: Zähne ohne Saumen. Keine Luxusrolle.

Zahn-Praxis Natvani, Danziger Straße 1.

# A. Wertheim

## Preiswerte Geschenk-Artikel in allen Abteilungen

- Damenstrümpfe lang, schwarz 6<sup>50</sup>
- Damenstrümpfe lang, schwarz Fuß ohne Naht 11<sup>50</sup>
- Damenstrümpfe feine Gewebe, Doppel-Bekle und Hechlersee 18<sup>75</sup>
- Damen-Schlupfbeckkleider 27<sup>50</sup>
- Damen-Hemdchen 31<sup>00</sup>
- Damen-Hemdchen gestrickt 14<sup>50</sup>
- Damen-Hemdchen mit Armel 19<sup>50</sup>
- Damenhemd im Stoff ge stickt, mit Langsetze 36<sup>75</sup>
- Damenhemd Renforcé, Stickerei 39<sup>00</sup>
- Unterhosen mit Stickerei 18<sup>75</sup>
- Deckbettbezüge 125<sup>00</sup>
- Bettdecken 78<sup>00</sup>
- Kissenbezüge 35<sup>00</sup>
- Hausschürze starkfädiger grauer Stoff 22<sup>50</sup>
- Hausschürze m. Velour, Tasche 26<sup>00</sup>
- Teeschürze weiß, m. Sticker-Ein- und Ansatz 21<sup>00</sup>
- Teeschürze weiß, Wiener Form mit Sticker-Ein- und Ansatz 28<sup>00</sup>

- Sportbluse gestreifter Baum-woll-Planel 42<sup>50</sup>
- Bluse Seiden-Krepp, gestreiftes Verderteil 79<sup>00</sup>
- Kleiderrock guter Wollstoff, marine 78<sup>00</sup>
- Kleiderrock reinesel. Taffet 225<sup>00</sup>
- Morgenrock Flauschstoff 98<sup>00</sup>
- Morgenrock Flauschstoff 125<sup>00</sup>
- Unterrock Trikot, hoch. Steffananz 59<sup>00</sup>
- Unterrock reinesel. Taffet 175<sup>00</sup>
- Hüfhalter weiß, Baumwollstoff 24<sup>50</sup>
- Korsett grau, Drell, Langsetze 39<sup>00</sup>
- Sportflanelle hellgründig gestreift Meter 19<sup>50</sup>
- Voll-Voile bestickt, ca. 110 cm br. 19<sup>00</sup>
- Kleiderstoff doppeltbreit Meter 24<sup>50</sup>
- Köpersammet gerippt, dunkle Farben, 76 cm breit Meter 58<sup>50</sup>
- Surah reine Seide, bedruckt, mittlere Farben, 76 cm breit, Meter 63<sup>50</sup>
- Kleiderstoff weißert, 105 cm breit Meter 68<sup>00</sup>
- Zibeline-Foulé 130 cm breit, Met. 110<sup>00</sup>

- Damen-Mäntel kleine Größen 95<sup>00</sup>
- Damen-Mäntel warmer Winterstoff, farbige Bordüre 125<sup>00</sup>
- Mädchen-Mantel weicher Winterstoff, Größe 60 cm 48<sup>00</sup>
- Herren-Hausjacken 225<sup>00</sup>
- Herren-Schlafrocke 375<sup>00</sup>
- Herren-Westen 85<sup>00</sup>
- Herren-Hosen 95<sup>00</sup>
- Hosenträger Gummiband 12<sup>75</sup>
- Selbstbinder breite offene Form 12<sup>75</sup>
- Kragenschoner (Kunstaide) 28<sup>50</sup>
- Wäschestickereien gute Qualitäten Meter 2<sup>40</sup> 2<sup>50</sup>
- Wäschetuch gute Qual. Meter 16<sup>50</sup>
- Renforcé mittelstark, vorzügliche Qualität Meter 18<sup>50</sup>
- Körperbarchent gebleicht, Met. 26<sup>00</sup>
- Bettzeug bunt kariert Meter 21<sup>00</sup>
- Hemden- und Blusenstoffe, flanelartig Meter 21<sup>00</sup>
- Stickerei-Volants reich gestickt, ca. 85 cm hoch, Meter 38<sup>00</sup>

- Kaffee- u. Teegeschirr, Rote Rose
- Kaffeekannen 22<sup>50</sup> 25<sup>50</sup> 37<sup>00</sup>
- Teekannen 19<sup>75</sup> 29<sup>50</sup> 37<sup>00</sup>
- Maschinen-Töpfe von 4<sup>75</sup> bis 9<sup>75</sup>
- Tassen 7<sup>50</sup>
- Zuckerdosen 9<sup>75</sup> 10<sup>75</sup>
- Kuchenteller klein 3<sup>75</sup> groß 19<sup>50</sup>
- Frühstücksteller 5<sup>75</sup>
- Kaffee-Service Porzellan, 9 teilig, bunt dek. 50<sup>00</sup>
- Tassen weiß, Porzellan 1<sup>95</sup> 2<sup>25</sup>
- Obertassen weiß, Porzellan 1<sup>25</sup> 1<sup>45</sup>
- Speiseteller weiß, Porzellan 4<sup>35</sup>
- Frühstücksteller weiß, Porzellan 2<sup>95</sup>
- Kompotteller weiß, Porzellan 1<sup>55</sup>
- Kompotteller geprüßt, Glas 1<sup>55</sup>
- Tassen glasiert Steingut 2<sup>95</sup>
- Milchtöpfe glasiert Steingut 3<sup>95</sup>
- Zuckerdosen glasiert Steingut 3<sup>95</sup>
- Milchtöpfe weiß, bunt, Steingut 2<sup>65</sup>

Unverdorbenen, in jedem Haushalt ist... **echter Hoost-Dreibohnenkaffee**... M. Hoost, Berlin C 25, Franzauer Str. 48... Korb-Str. 11... Alexander 1470

### Theater und Vergnügungen

**Vollsbühne**  
3 Uhr: Adale und Ade  
7 Uhr: Paul Lanje und Tera Parsberg

**Neues Volks-Theater**  
Abend: Der...  
7 Uhr: Bertie u. Jarno

**Proletarisches Theater**  
Kammer...  
7 Uhr: Der...  
7 Uhr: Der...

**Die Feinde**  
7 Uhr: Der...

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
7 Uhr: Der...

**Palestrina**  
7 Uhr: Der...

**Rösig Richard III.**  
7 Uhr: Der...

**Senfisches Theater**  
7 Uhr: Der...

**Kammer-Theater**  
7 Uhr: Der...

**Großes Schampflehaus**  
7 Uhr: Der...

**Königgräber Str.**  
7 Uhr: Der...

**Rausch**  
7 Uhr: Der...

**Romödienhaus**  
7 Uhr: Der...

**Berliner Theater**  
7 Uhr: Der...

**Die spanische Nachtigall**  
7 Uhr: Der...

**Erzhi Massary**  
7 Uhr: Der...

**Neues Operettenhaus**  
7 Uhr: Der...

**Die Estharonness**  
7 Uhr: Der...

### Kajanol-Hautcreme

verwunden, verkratzt, nicht fettend, macht die Haut zart und weiß. Preis: 7,50 Mk., Tube 3 Mk.

**Residenz-Kasino**  
Tägliche Vorstellung  
7 Uhr: Der...

**APOLLO**  
7 Uhr: Der...

### Proletarisches Theater

Philharmonie, Deuburger Straße  
7 Uhr: Der...

### TIVOLI

Chausseestrasse 25  
Ein Tagesgespräch ist das Riesen-Dezemberprogramm im "TIVOLI"  
Zum 1. Male in Berlin Alb. Bergs dressierte Bärengruppe: Paula Orgersell in ihrem Verwandl.-Akt: "Vom Film zurück" sowie

### Erich Carow mit neuen Schlagern!

**Dr. med. Hollaender**  
Spezialarzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten  
Korn- u. Blutuntersuchungen  
Erfinder, Vorwärts

### Spezial-Arzt

Dr. Jette für Geschlechtskrankheiten, Syphilis, Gonorrhoe, Brucellose, etc.  
**Dir. O. Löser, Münzstr. 9**

### Spezial-Arzt

Dr. Löser senior  
Nur Rosenthaler Str. 69-70

### Spezialbehandlung

für Haut- und Geschlechtskrankheiten bei Männern und Frauen  
**Dir. Andros, Berlin N 4, Invalidenstr. 147**

### Spezialarzt

Dr. med. Leuners  
Brunnenstr. 185

### Geschlechtskrankheiten

Spezialbehandlung für Geschlechtskrankheiten  
**Dr. med. Karl Reinhardt**  
Potsdamer Str. 117

### Spezial-Arzt

Dr. med. Karl Reinhardt  
Potsdamer Str. 117

### Damen-Flausch-Mäntel

zur Hälfte der Preise  
Serie 1 - 21. 175,- Serie 2 - 21. 225,-  
Serie 3 - 21. 275,-

### Nicht in 6-8 Wochen

werden...  
Schneiderei...  
Klosterstr. 44, I (Untergrundbahn)

### SPIELWAREN

RENZ, Potsdamer Straße 123

### Spezialarzt

Dr. med. Leuners  
Korn- u. Blutuntersuchungen

### Offene Röhre

Spezialbehandlung für offene Röhren  
**Dr. med. Leuners**

### Korpulenz

Spezialbehandlung für Korpulenz  
**Dr. med. Leuners**

### Möbel

50% Ermäßigung  
**Dr. med. Leuners**

### Handerbank

Spezialbehandlung für Handerbank  
**Dr. med. Leuners**

### Briefmarken, Manzen

kauf Grossmann, Johannisstr.  
Nord 10 621.

### Rauchen Sie

Max Trusch Dresden  
Spezialbehandlung für Raucher  
**Dr. med. Leuners**

### Sie sparen Geld!

Damen-, Herren-, Kinder- u. Kinder-Schuhe  
**Schuhfabrik „OCA“**  
Klosterstr. 44, I (Untergrundbahn)

### Ungeföhnte Verbrechen

Marloh, Mechterstädt, der Fall Paasche

In einer stark besuchten Versammlung des Friedensbundes der Rheinsteine in Neudölln sprach Karl Wetzer über ungeföhnte Verbrechen in der Republik. Er wies auf den Mord der 29 Matrosen durch Marloh hin und stellte fest, daß der Hauptverdächtige noch immer nicht zur Verantwortung gezogen ist. Der einzige Ueberlebende der Tragödie ist mit seiner Klage um Entschädigung sogar scheinbar abgewiesen worden (Nase: Anwalt) Anwalt ist der Fall noch nicht genügend geklärt. Schier endlos ist die Reihe der Schikanen und Gewalttätigkeiten gegen Pazifisten, Republikaner und Sozialisten im Verlauf der letzten Jahre. Wenn man die Namen Liebknecht, Fuhrmann, Paasche und viele andere Fälle überdenkt, kann man wirklich nicht glauben, daß in Deutschland eine neue Zeit angebrochen ist. Das Verfahren im Falle Paasche ist jetzt sogar eingestellt. (Stille: Das Verfahren.) Eine Anfrage an den Justizminister blieb erlosch. (Lachen.) Eine Republik, die solche Zustände duldet, gibt sich selbst preis. Im Anschluß an den Vortrag wurde folgende Resolution angenommen:

Die am Jahrestage der Urteilsfällung im Marloh-Prozess in der Versammlung des Friedensbundes der Rheinsteine anwesenden Angehörigen aller republikanischen Parteien stellen fest, daß die Hinterbliebenen der Opfer jener erschütternden Tragödie an der Französischen Straße bis zum heutigen Tage ohne die ihnen gebührende und zutreffende Entschädigung geblieben sind. Der Hunger der Hinterbliebenen ist eine noch schwerere Last gegen die verantwortlichen Stellen, als die Tatlast, daß bis zum heutigen Tage noch nichts über die Fortsetzung des Verfahrens gegen Oberleutnant v. Kessel verhandelt ist. Hunderte von Männern und Frauen verlangen im Namen von Tausenden, daß dem verletzten Recht umgehend Genüge geschieht. Die republikanischen Parteien des Reichstags sind aufgefordert, sich für Angelegenheit Marloh und seiner Opfer anzunehmen.

Redakteur Henning, Duderstadt besprach dann den Mord an den 15 Arbeitern aus Bad Thal in Thüringen, den er als einen der schauerlichsten Massenmorde in der Geschichte der Republik charakterisierte. Er sprach aus: Als der Rapp-Putsch mihlungen war, hielt die Kasselei Befehlshaber der Reichswehr auch ihre Seite verloren, und mochten, wie das immer in solchen Fällen geschieht, die Entscheidung einer „Roten Armee“. Als solche entdachte man die aus allen republikanischen Parteien zusammengesetzte Delegation in Gotha, die verächtlich wurde, lediglich weil sie eine Organisation des sozialistischen regierten Freistaates Gotha war. Es wurde die Lüge verbreitet, der Gothaer Bahnhof sei niederbrannt, obwohl nicht eine Scheibe entwei war. Ein mit Mühl vorrückendes Studentenkörper rüßte auf Grund von Gerüchten von Raubanfällen ein Automobil nach Thal aus und trieb dort 15 Leute zusammen, von denen 15 zurückgehalten wurden. Diese 15 wurden bei Mechterstädt erschossen aufgefunden. Die Studenten behaupten, daß diese Leute nacheinander Fluchtversuche gemacht hätten. Sämtliche Leute hatten Kopfschüsse, trotz der Behauptung der Studenten, daß dieser Mord geherichtet habe. Der Marburger Prozess war der Gipfel eines unbegreiflichen Rechtsverfahrens. Einem Zeugen, der sagen wollte, daß er einer legalen Ortswehr angehört habe, schnitt der Vorsitzende das Wort ab. Die Studenten wurden anstandslos verurteilt, die Belastungsgegenstände wurden zunächst in den Verdacht der Unglaubwürdigkeit gesetzt. Das Gericht, ein Leutnant, ein Offizierskorrektor und ein Unteroffizier, die als deutsche nationale Heißsporne hervorgetreten sind, sprach sämtliche Angeklagten frei. Eine Mutter verlor durch den Krieg und den Mechterstädt Mord ihres sämtlichen fünf Söhne.

Zwischen gründeten die Marburger einen der Ortschaften nabe liegenden „Jugendlichen Orden“. An der Spitze der Ortschaft in Marburg stehen die Hauptangeklagten des Prozesses. Von dem „Orden“ wurde gefagt, daß er innerhalb zehn Minuten ein kriegstarkes Bataillon bilden kann. Der Redner brachte folgende Resolution ein:

Im Hinblick auf die Tragödie von Mechterstädt, in der im März dieses Jahres 15 unschuldige Bürger von Thale an die Marburger Weite ums Leben kamen und die nach ihmälhliche, schandvolle Freißpruch in diesen Tagen vor dem Schwurgericht Kassel zu erneuter Verhandlung steht, rüßtet die heutige Versammlung des Friedensbundes der Rheinsteine an die Regierungen des Reiches und der Länder die dringliche Forderung, unter keinen Umständen jemals wieder reaktionäre Freiwilligenbänden auf friedliche Landstriche loszulassen, und die

den Frieden des Landes störenden Umtriebe der Ortschaft und besonders die des Jugendlichen Ordens Kassel nach Maßgabe der endlich auch gegen rechts anwendenden Gesetze rückföhrtlos zu unterbinden.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Regierung, die im Dienste der Ortschaft und der monarchistischen Konterrevolution steht, wird sich freilich wenig darum kümmern.

Redakteur Henning, Duderstadt wird am Montag, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, in Pichenberg, Schulaula, Rathausstraße 8, noch einmal über den Arbeitermord bei Mechterstädt sprechen.

### Ernährungsdebatten im Reichswirtschaftsrat

Die bürgerlichen Parteien haben sich neulich im Reichstag bitter darüber beschwert, daß so viel und so lange geredet wird. Genau dieselben Debatten aber, die der Reichstag über die Ernährungsfrage bereits zum größten Teil hinter sich hat, haben gestern im Reichswirtschaftsrat begonnen. Nach einem Referat des Berichterstatters, Dr. August Müller, und einer Rede des Agrars, Dr. Wölke, der eine Erhöhung der Getreidepreise für das nächste Jahr für unerlößlich erklärte, ein Reichsmonopol für die Einfuhr von Getreide forderte und das Umverfahren für die inländische Produktion empfahl, hielt Herrmann eine der üblichen Reden.

Auch die weitere Debatte brachte keine neuen Gesichtspunkte. Stinnes, der im Reichstag stets stumm ist, setzte sich für die weitgehende Verbilligung der Düngemittel ein. Völkner vom Zentralverband deutscher Konsumvereine erklärte sich gegen den Hermesplan der Einfuhr von Stroh und forderte, daß die Kommunalverbände, die ihrer Abfuhrpflicht nicht genügen, von der Regierung öffentlich an den Pranger gestellt werden.

Am Montag erfolgt die Weiterberatung.

### Preussische Landesversammlung Gegen die Grundsteuer

Die preussische Landesversammlung sollte gestern als ersten Punkt der Tagesordnung die erste Beratung des Grundsteuer-Gesetzes vornehmen, um es einer Kommission zur Vorbereitung zu überweisen. In Vorbesprechungen mit dem Finanzminister hatten sich Vertreter der einzelnen Parteien, mit Ausnahme des Vertreters der Unabhängigen, im Grunde für eine Grundsteuer ausgesprochen. Der Antrag sollte 2 Milliarden sein und zur Deckung der erhöhten Ausgaben für Beamtenbesoldung verwendet werden. Jetzt, da es fest werden sollte, wolle die bürgerlichen Parteien der Geldbewilligung ausweichen. Sie haben Angst vor den Wahlen und deswegen beantragte der demokratische Abgeordnete Dr. Kuer, diesen Punkt von der Tagesordnung abzulehnen. Er schützte den Parteitag seiner Partei vor, in Wirklichkeit war der Antrag von dem Bestreben diktiert, einer Verhandlung aus dem Wege zu gehen. Die Mehrheit beschloß auch den Antrag entsprechend und setzte den Punkt von der Tagesordnung ab. Diese Steuer wird bei der Wahl eine große Rolle spielen.

Für Helgoland soll ein besonderes Wahlrecht für die Gemeindevahlen geschaffen werden. Um einer Hand von Interessenten ein dauerndes Uebergewicht zu geben, soll bei den Gemeindevahlen in Helgoland eine Amtsperiode von 5 Jahren gelten. Man hat politische Gründe vorgeschoben, die aber tatsächlich unzulänglich sind. Genosse Ludwig erklärte, daß unsere Genossen diesem Gesetz grundsätzlich die Zustimmung verlagern. Für die Rechtssozialisten lehnte Abg. Brecoar das Gesetz ab, das gegen die Stimmen der sozialistischen Fraktionen angenommen wurde.

Dann wandte sich die Debatte wieder der Bergverwaltung zu. Abg. Kilia (Kommunist) ist jetzt auch zu der Einsicht gekommen, daß man mit Schlagworten heute in Deutschland nicht weiter käme. Er sprach viel von Sozialisierung, verhehlte natürlich nicht, dem Rezept der „Roten Fahne“ folgend, über „Hilferdingische Sozialisierung“ zu reden, ohne allerdings mit der Materie auch

nur im geringsten vertraut zu sein. Er brachte es sogar fertig, sein Einverständnis mit den Ausführungen des Abg. Bruck (Zentrum) zu erklären, der sich über Sues Sozialisierungsrede ausgelassen hatte. Hue erklärte mit aller Bestimmtheit, daß die Bergarbeiterschaft mit allem Ernst und mit aller Engherzigkeit die Sozialisierung verlange, im anderen Falle die Arbeiter im Bergbau von den großen Mäßen und Arbeitsleistungen absehen müßten, die die Durchführung des Sues-Abkommens der Allgemeinheit auferlegen. So deutlich diese Darlegungen auch waren, so verlegte sich Hue doch in seinen weiteren Ausführungen auf gutes Zureden, das bei den Klassengegensätzen zwischen Kapital und Arbeit nicht nützen wird.

Die bürgerlichen Parteien lehnten einen Antrag Ludwig, Berzen und Genossen ab, der verlangte, daß in den Gesetzen zur Ausschließung von Steinkohlen der Staat das Recht zur Ausschließung und Gewinnung der Steinkohle an „kommunale Verbände“ anstatt an andere Personen erteilt werden sollte, ab, so daß auch in Zukunft die Steinkohlerzeugung in bestimmten kleineren Feldern der Privatinitiative überantwortet ist. Das Gesetz wurde gegen die Stimmen der sozialistischen Fraktionen angenommen.

Es folgte dann die Beratung des Forst-Gesetzes.

### Treubruch als Kampfmittel Zu den Wahlen im Metallarbeiter-Verband

In dem Kampf, der sich gegenwärtig in der Berliner Verwaltungskstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes um die engere Ortsverwaltung abspielt, scheuen die Kommunisten kein Mittel, die Verzerrung und Zersplitterung innerhalb der Organisation zu verstärken. Dabei ist ihnen jedes Bewußtsein für Treu und Glauben verloren gegangen. Dafür folgendes Beispiel: Die „Internationale“, das Organ des jetzt „kommunistischen“ Herrn Risch, schreibt in ihrer gestrigen Ausgabe:

In der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist es unseren Genossen gelungen, folgende als nächste Kampfsiele bezeichnete Forderungen zur Annahme zu bringen:

- 1. Aufhebung der Afordarbeit und der Ueberstunden.
- 2. Vergrößerung produktionsfähiger Betriebe.
- 3. Verhinderung von Betriebsstillegungen.
- 4. Wiedereröffnung der durch Unternehmerrabotage geschlossenen Betriebe.
- 5. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.
- 6. Erziehung des Mitbestimmungsrechts bei Einstellungen und Entlassungen.

Es ist beschämend, daß eine größere Anzahl Mitglieder der mittleren Ortsverwaltung sich bei der Abstimmung über vorstehende, für den Augenblick durchaus notwendige Forderungen der Stimme enthielt. Geradezu verräterisch mutet es jedoch an, daß sich noch zehn Heiden fanden, die gegen die vorstehenden Forderungen stimmten. — Da die jetzige Ortsverwaltung arbeitsunfähig ist, wurde eine Kommission von fünf Kollegen eingesetzt, die diese Forderungen propagieren und die Vorbereitung zu ihrer Durchführung treffen soll.

Diese Darstellung soll den Ansehen erwecken, als wenn die Kommunisten im Kampf gegen die Unabhängigen in der Verwaltung und im Gegensatz zu ihnen die oben angeführten Forderungen zur Annahme gebracht haben. Tatsächlich wurden diese Forderungen von unsern unabhängigen Genossen Brendel in einer Konferenz der Betriebsräte, Delegierten und Funktionäre der Industriezweiggruppe 3 und in einer Sitzung der Funktionäre der Norden-Betriebe gestellt und angenommen. Die mittlere Ortsverwaltung setzte hierauf eine Kommission ein, die das Material ausarbeiten sollte. Den Arbeiten der Kommission wurde von der mittleren Verwaltung nach Kenntnisnahme ohne Debatte einstimmig zugestimmt. Sie sollen dem Hauptvorstand zur weiteren Veranlassung unterbreitet werden. Die Verwaltung beschloß jedoch weiter, das Material nicht vor Ablauf einer Woche zu veröffentlichen. Dieser Beschluß ist Freitag, den 10. Dezember, gefügt worden.

Wenn die „Internationale“ am 11. Dezember trotzdem diesen Beschluß veröffentlichen kann, so ist das ein bedauerliches Zeichen für die verlotterte Gewerkschaftspolitik der Kommunisten. Daß sie es aber fertig bekommen, einen einstimmig gefügten Beschluß so wiederzugeben, wie sie es getan haben, kennzeichnet ihre traurige Kampfmethode.

### Das Opfer

Aus dem Manuskript eines Romans von Libert Dandikel (s. St. Festungsgesangener).

Im Schnee vor der Kaserne standen die alten Leute zum Appell angetreten. Aus der blauen Front leuchteten von strenger Kälte gezeichnete Gesichter und die offene Brust. Kein Glied rührte sich. Nur die Mützenbänder flatterten. Der Kompagniefeldwebel gab den Tagesbefehl bekannt. Dann nahm er einige Schritte mehr Abstand von der Front.

Spanisch flog sein Blick an der stülstehenden Ungeheuer vorbei.

„Ein Mann für Vorpostenboot „Polarstern“ — Rührt Euch!“

„Kampeln, In die Hände-Hauchen und Schnüffeln begann. Wer meldet sich freiwillig?“

Die rauchenden Schornsteine der Kaserne! — Der Feldwebel reißt sich die Faust in der flachen Hand und verzehrt frierend das Gesicht.

„Wenn sich keiner meldet, bestimme ich einen!“

Heinrich tritt aus der Front.

Wenn Heinrich sich auch mit süßsaurer Miene von seinen Kameraden verabschiedete, so freute er sich doch. Denn — dem Geheimbefehl, ihn auf ein weiterverlassenes Feuerschiff oder Leuchtturm zu verbannen, war er kühn zuvorgekommen.

Der Kriegshafen starrte in Eis und Nacht. Bollmond stand hoch.

Kälte glüherte. Wie Gesunkel der Sterne zwinkern elektrische Morislampen in den Masten der Kriegsschiffe.

Geheimnisvolles Tuscheln, sonst überall Ruhe. —

Aus einigen Booten an der Pier der Nordsee-Vorposten-Station bringt Kraken der Kohlenchaufeln, dann Zuschlagen von Feuerlöchern.

Schote sangen an zu quämen. Ueber das Eisendeck des Führerbootes lag, die Hände in den Taschen vergraben, den Kopf bis an die Augen in den Schal gewickelt, ein Matrose und verschwindet auf der Kommandobrücke.

Rotes und grünes Licht flammte auf.

Auch die nebenliegenden Fahrzeuge sehen die Postionslampen.

Wieder klappert's über das Eisendeck: der Kommandant. Auf der Brücke murmelt's.

Dann schreit es langgezogen in die Nacht: „Klar zum Wandern!“

Aus den Lugs krabbeln Seeleute. Leben rührt sich.

Die Dampfpfeife brummt. „Keinen los!“

Kasseln der Maschinentelegraphen. Die Schiffschrauben fangen an zu arbeiten.

Die Dampfer kommen von der Pier ab. Bald ist die Hafenausfahrt passiert.

Zwischen riesigen Trümmern Treibeis dampft die Sondergruppe der Nordsee-Vorpostenflotte seewärts.

Wohin?

In dem düstern Matrosenlogis auf dem Führerboot der „S“-Gruppe sah Heinrich mit noch zwei Kameraden rauchend um den Kaffeekessel, der in einem Haken zwischen ihnen pendelte.

Kolternd kam der „Räuser der Wache“ den Kiebergang herunter ins Logis.

Er schüttelte sich. „Brrrr!“

Während er die Salzwassertropfen aus dem krebrotten Gesicht wischte, brummte er: „Helgoland!“

Dann schloß er haltig eine Tasse heißen Kaffee in seinen durchstrotzen Leib und spöttelte ärgerlich: „Das gibt 'ne saubere Weihnacht!“

Die Schiffsglocke schlug acht Glas.

„Ablösen!“

Die neue Wache verließ den warmen Raum. —

Heinrich wollte gerade einen Fuß an Deck setzen, als er schnell wieder zurückwich.

Der Fischdampfer hatte übergeholt. Eine Welle stürzte vor ihm, das Schiff überschwemmend, an Deck.

Unten im Logis fiel Schlag auf Schlag. Bänke und der schmale Tisch wälzten sich vom Rücken auf die Seite, von der Seite auf den Rücken.

Dazwischen ranneten Teller und Tassen von einer Wand zur anderen.

Und der Kaffeekessel schwang, wie ausgezogen. Zu allem lachten die Seeleute. Denn die Haut war ihnen trocken geblieben. — Endlich war das Wasser abgelassen. Ein paar Säße mit gekümmtem Rücken, und Heinrich war auf der Brücke in seinem Element.

„Sal!“

Wie es hier oben bläst! Wie sich der Wulst des Meeres hebt und senkt!

Wie gewaltig die Freiheit rauscht! Heinrich verspürt die eisige Brise nicht.

Das Weite, das Unendliche tat ihm wohl. —

Die Sonne wird finster. Röhren kreischen. Sturm heult auf.

„Kurs Nordwest!“ tönt es monoton von der Brücke ins Ruderhaus.

Gegen Abend fängt das Meer an zu gären. Treibminen werden geschickt.

Sturm wird Orkan.

Es ist Nacht.

Leuchtig Seemeilen nordwestlich Helgoland. Auf Vorposten!

Zäh arbeiten Schiff und Menschen.

„Wenn es bloß wieder Tag wäre!“ —

Die Bestimmungsordre an die „S“-Gruppe war in der Nacht durch Funkpruch von Helgoland auf dem „Polarstern“ eingetroffen: „180 Seemeilen nordwestlich Helgoland Fahrstraßen VI bis X außerhalb Hauptminensperre abpatrouillieren. — Mittelmeer-U-Boote erwarten. — Bis Punkt „N“ Geleit geben. — Dann Patrouillendienst außerhalb bis Abbruch.“

Wie gepennigtes Ungeheuer stöhnt das ausgewählte Meer. Gischtschende Sturzwellen häumen sich.

Bald liegt der Dampfer erschreckend auf der Seite, bald steht er auf dem Kopf.

Die Seeleute auf der Brücke sträuben und halten sich krampfhaft.

Da — ein Ruck durchs ganze Schiff.

Die Maschine stoppt.

Das Vorpostenboot steckt in gurgelndem Schaum. Menschen starren entsetzt.

Aus allen Rieten und Spanten ächzend, hebt sich der Dampfer zitternd aus dem zusammengefügten Wellenberg.

Ohrenbetäubend rauscht die See von Deck.

Es knarrt und bricht. Das Rettungsboot ist zerschlagen, die Planen sind weggepült.

Der „Polarstern“ kann nicht mehr gegen die See an. Er treibt. Pumpen fangen an zu arbeiten.

Die Heizer atmen auf: „So'n Sauwetter!“

Und Heinrich brüllt: „Dieser Saukrieg!“

(Fortsetzung folgt.)

# Groß-Berlin

**Fraktionsvorsitzende der Bezirksverordneten Groß-Berlins**  
Am Montag abend 7 Uhr im Berliner Rathaus, Zimmer 83, 2. Stod. Sitzung der Fraktionsvorsitzenden der Bezirksverordneten. Teilnahmsberechtigte bestimmen erscheinen.

## Wieder ein Raubmord

Ein schwerer Raubüberfall wurde Freitag abend von einer vierköpfigen Bande in dem Dorfe Senzig bei Königswusterhausen verübt. Am Ausgang des Dorfes hatte der 40 Jahre alte Sägemehlshändler Stoberz seinen Dampftrieb und auch seine Wohnung. Diese teilte er mit einer Wirtschaftlerin, einem Dienstmädchen und einem jungen Schneider, der ihm die schriftlichen Arbeiten besorgte. Gestern la en diese vier Personen gegen 7 Uhr beim Abendbrot, als plötzlich die Tür aufgerissen wurde und vier unbekannt Männer von 25 bis 28 Jahren eindrangen. Die Bande gab ohne weiteres sechs Schüsse aus mehreren Pistolen auf die an gemeinsamem Tische Sitzenden ab und traf Stoberz so schwer, daß er tot zusammenbrach. Auch die Wirtschaftlerin erhielt einen schweren Brustschuß, ist aber noch am Leben. Das Dienstmädchen und der Schneider, die nicht getroffen wurden, ergriffen die Flucht. Die Verbrecher fürchteten nun wohl, daß die fliehenden Lärm schlagen und sie selbst überrascht werden würden. Deshalb entflohen sie ohne wesentliche Beute. Nur eine Kasse, die im ersten Stock stand, hatten sie in der Eile geöffnet, aber nichts darin gefunden. Nach den bisherigen Feststellungen ist nur eine Browningpistole geraubt worden. Die Landjägerlei von Königswusterhausen nahm sofort die Verfolgung der Verbrecher auf.

Ein neuer großer Diebstahl beschäftigt die hiesige Kriminalpolizei. Auf der Fahrt von Weihenice nach dem Postamt 239 in der Weichstraße ist eine Holschleife entwendet worden, die 100 000 Mark bares Geld enthielt. Gleichzeitig verschwunden ist der Begleiter des Wagens, der 23 Jahre alte Postbote Paul Lauterbach, der zweifellos den Diebstahl verübt hat. Die leere Kiste wurde bald darauf aufgefunden. Mit ihrem Inhalt ist der Dieb verschwunden. Das Geld betrug aus 78 000 Mark in fünfzig Mark Scheinen, 12 000 Mark in zwanzig Mark Scheinen, 7 000 Mark in fünf Mark Scheinen, 500 Mark in Ein- und Zweimark Scheinen und 400 Mark in fünfzig Pfennig Scheinen. Der Postbote Lauterbach, der aus Saarbrücken stammt, ist 1,78 Meter groß, hat ein dunkelbraunes Gesicht und dunkelblondes geschütteltes Haar und trug einen hellgrauen Militärrock, edelsilberne Hufe, schwarze Wäldergamaschen und einen Lederrucksack. Sein Rucksack ist infolge Verwundung schief, an der rechten Seite hat er Kratzen und an einem Handgelenk Narben.

Der Geschäftsführer von Krausler verhaftet. Der Geschäftsführer der Konditorei Krausler, Unter den Linden, ist auf Anordnung der Staatsanwaltschaft beim Landgericht II verhaftet worden. Die Verhaftung ist wegen Schleihhandelsverdachts erfolgt.

Zu letzter Zeit wiederholt bemerkenswerte Nichtbeachtung der Bestimmungen des Bannkreises beweisen, daß dieses Gesetz nicht als bisher in das allgemeine Volksbewusstsein eindringen muß. Berlin mit seinem regen politischen Leben bietet fast täglich Gelegenheit zu irgendwelchen Straßenfundgebungen. Die daran Beteiligten sehen sich häufig schweren Strafen aus, die eine Verletzung des Bannkreises nach sich ziehen. Die Bannkreisgesetze sollte sich daher jeder merken, zumal sie recht leicht zu befallen sind. Sie werden im Norden von der Spree (zwischen Weidenbammer und Lutherbrücke), im Süden vom Landwehrkanal (zwischen Hallisches Tor und Köpenick), im Osten von der Friedrichstraße und im Westen von der Poststraße und dem Spreeweg gebildet. Wer diese Grenze nach dem Stadtkern zu überschreitet, gelangt in den Bannkreis, dessen Freiheiten von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel und in allen Fällen Pflicht der Polizei ist.

Verstärkung der Viktoria. Der Kampf der Viktoria-Versicherung gegen die entlassenen Einnehmer geht in verstärkter Form weiter vor sich. Trotzdem das Gewerbegericht den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin auf Wiedereinstellung aller Einnehmer ebenfalls bestätigt hat, denkt die Viktoria gar nicht daran, den Einnehmern ihr Recht zuzugestehen. Durch irreführende Auffklärung ist es der Viktoria gelungen, einige Einnehmer zur Unterfertigung des Hebeserretikates zu bewegen, damit diese die Inhaftierung wieder aufnehmen. Die Verhafteten werden gebeten, die Beiträge derartigen Elementen nicht auszuliefern, sondern die Beiträge der Viktoria direkt einzulösen. Die entlassenen Einnehmer stehen nach wie vor im Kampf um das Mitbestimmungsrecht und den noch bestehenden Tarifvertrag.

Der Magistrat stimmte in seiner gestrigen Sitzung dem Erlass eines Ortsgesetzes über die Bildung des Stadtausschusses für die neue Stadtgemeinde zu. Danach wird der Stadtausschuß aus fünf Abteilungen bestehen. Die Mitglieder und der Vorsitzende sollen vom Magistrat aus der Zahl der Mitglieder der beteiligten Bezirksämter gewählt werden. Nach der neuen Einteilung werden die sechs Altberliner Bezirke mit den Bezirken 19 und 20 von Reinickendorf und Pantow zusammengelegt, Charlottenburg mit Wilmersdorf und Spandau usw.

Die Deputation für Güter und Forsten für die neue Stadtgemeinde war zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten. Es wurde die Einsetzung eines Ausschusses beschlossen, welcher Grundzüge für die Neuorganisation der Verwaltung des gesamten Bezirkes an Gütern und Forsten nach bestimmten Richtlinien ausarbeiten soll. Es wird nicht ohne Interesse sein, zu erfahren, daß die Stadtgemeinde Berlin seit dem ersten Oktober über 82 100 Morgen Forst verfügt. Es besteht die Absicht, alle Waldungen in der Nähe der neuen Stadtgemeinde vorwiegend der Erholung der Bevölkerung dienen zu lassen.

Große Vokaleer Berlin. In der neuen Welt, Hohenstraße 108-114, findet heute, Sonntag, 13. 12. cr., ein „Heiterer Abend“ mit dem Bühnenorchester statt unter Leitung von Ignaz Wagners (Deutsches Opernhaus). Hertha Stolzenberg (Deutsches Opernhaus) und Edward Völkstein (Theater am Kollindorplatz) tragen Einzelgelenke und Duette aus „Lulige Weiber von Windsor“, „Postillon von Lonjumeau“, „Barbier von Sevilla“, „Der Hofmeister“, „Der Kaufmann von Venedig“, „Fledermaus“, „Zigeunerbaron“ usw. vor.

Marionetten-Theater Neutölln. Das Jugendamt Neutölln, Abteilung Jugendpflege, veranstaltet bis einschließlich 13. Dezember in der Aula des Lyzeums Berliner Straße 10, nachmittags 3 1/2 Uhr, Märchenaufführungen des Dresdener Künstler-Marionetten-Theaters. Zur Aufführung gelangen „Die drei Münche“, Märchen in drei Akten. Karten sind im Rathaus, Zimmer 226, und an der Kasse zu haben.

Son. Juhl. Jugend Groß-Berlin. Alle im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Genossen werden zu der am Dienstag, den 14. 12., abends 7 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Lindenstraße 83-85, stattfindenden Sitzung eingeladen. — Erscheinen unbedingt nötig, da wichtige Fragen auf der Tagesordnung stehen. Mitgliedsbücher der Jugendorganisation und des Verbandes legitimiert. Ausschuß: Barwald, Seilmann.

Fußballspiele der M. S. B. am heutigen Sonntag, 2 Uhr. A. B. C. — Schönberg in Reinickendorf-Pl. Balerer Straße; Hertha — Brandenburg in Reinickendorf-Pl. Schillerpromenade; Neutölln — Borussia in Neutölln, Stadt. Sportplatz, Grenzallee; Adlershof — Wilmersdorf in Adlershof, Bismarckstraße hinter Wollstein; Union — Obersee in Pantow, Pichelswerder Straße; Weihenice — Romawas in Weihenice, Remböhngelände; Askania — Germania in Köpenick, Marienstraße; Höhe — Strauß in Tege, Schleierstraße; Gläte — Frühlingsfeld in Reinickendorf-Pl. Turnplatz Thuner Straße; Lichtenberg — Minerva in Lichtenberg, Hausstraße; Eichwalde — Glienicke in Eichwalde am Wasserturm; Reinickendorf — Groß-Beesten in Reinickendorf, Pflanz am Spreehof; Tahn Reptom — Cadom in Reptom, Riechholzstraße; Senzig — Grünau in Senzig; Brigg — Fichte Süd-Ost in Neutölln, Grenzallee; F. i. B. Friedrichshagen — Wollersdorf in Friedrichshagen, Thonallee; Neutölln B. C. — Sparta in Baumhainweg, Fichte-Sportplatz; Köpenicker Straße; Teutonia 10 — G. i. B. Lichtenberg in Neutölln, Tempelhofer Feld; Neuenhagen — Lichtenberg 2 in Neuenhagen, Döhlstraße; Fredeborst — Reptom-Süd in Fredeborst, Pindennalle; Mahlobor — Eintracht 15 in Mahlobor; Raulsdorf — Germania in Raulsdorf, Köpenicker Straße (Gefahr); Ludenwalde II 2 — Dabendorf 2 in Ludenwalde, Verleiner Straße; Blankenburg — Staffelde in Blankenburg, Burgwallstraße; Rathenow — Draulenburg in Rathenow, Reunbahn; Alticola Oberwalde — Belien in Eisenpostel Wollswinkel; Marzahn — Siemensstadt in Marzahn, Chaussee; Charlottenburg — Waldmannslust am Bahnhof Jungfernheide, Reperstraße; Hennigsdorf — Schwante in Hennigsdorf, Feldstraße; Eisenplattenei — Fichte 12 in Eisenplattenei Wollswinkel; Teutonia — Rosenhof auf dem Egerzierplatz, Schönbauer-Allee, Feld 1b.

Metallarbeiter der im Westen Berlins gelegenen Betriebe. Am Mittwoch, 15. Dezember, nachmittags 4 Uhr, in der Schulaula, Wallstraße 15, für die U. S. V. D. Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Versammlung mit dem Thema: „Die bevorstehenden Urwahlen im Deutschen Metallarbeiter-Verband“. Referent ist der Genosse Emil Barth. Mitgliedsbuch legitimiert.

Reinickendorf. Die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und freigeistlicher Lehrer Reinickendorfs ladet zu Montag, abends 7 1/2 Uhr, zu einer Versammlung in die Aula des Realgymnasiums ein. Wir bitten alle Genossen und Genossinnen zu erscheinen.

# Gewerkschaftliches

## Mitglieder des Metallarbeiterverbandes!

Am heutigen Sonntag finden in Groß-Berlin Mitgliederversammlungen von fünfzehn Branchen statt.  
Tagesordnung: Stellungnahme zur Wahl der engsten Ortsverwaltung.

Tagungsort und -zeit sind in der Morgenausgabe der „Freiheit“ vom Freitag, den 10. Dezember 1920, bekanntgegeben.  
Genossen! Es geht um Eure Interessen, um die Zukunft Eurer Organisation! Beteiligt Euch an diesen Versammlungen. — Das Mitgliedsbuch kein Zutritt.

U. S. V. D. Mitglieder des Vorkriegsarbeiter-Verbandes für die auf dem Boden der U. S. V. D. stehenden Mitglieder der Filiale Berlin des Deutschen Vorkriegsarbeiter-Verbandes finden am Montag, den 13. d. Ms., abends 7 Uhr, in den Berliner Vereins-Konzert-Sälen, Kommandantenstr. 58/59, eine Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: „Auslands Politik und Wirtschaft“. Referent ist Genosse Abramowitz.

Streik der Schildermaler beendet. In der zehnten Streikwoche hat der Streik der Schildermaler seine Erledigung gefunden. Die Wirkung vom 6. 12. 20 ab ist zwischen dem Verein Berliner Schilderfabrikanten und dem Verband der Porzellanarbeiter, unter Leitung Schildermaler, ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, dem die wichtigsten Punkte hier folgen: Der Stundenlohn für Schildermaler beträgt 8,50 M. Für gelehrte Schildermaler bis zu einem Jahre nach Beendigung der Lehrzeit ist ein Stundenlohn von 5 M. zu zahlen. Für die Zeit vom 2. 8. bis 30. 9. 20 wird für gelehrte Arbeitskräfte 25 Pf. nachgezahlt. Daselbe gilt für in der genannten Zeit gelehrten Lehrlinge und Gelehrten. Wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 1/2 Stunden, Sonnabends 24 Stunden. (Einteilung der täglichen Arbeitszeit wie im alten Tarif.) Überstunden sind zu vermeiden. In dringenden Fällen beträgt der Zuschlag 25 Proz., für Nacht- und Sonntagsarbeit tritt ein Zuschlag von 50 Proz. ein. Für Nebenarbeiten wird ein Zuschlag von 15 Proz. gezahlt. Arbeiten in einer anderen Fabrik oder an anderer Werkstätte gelten nicht als Nebenarbeit. Für Nebenarbeiten wird ein Zuschlag von 25 Proz. gezahlt. Unter Nebenarbeiten fallen auch Arbeiten an Fronten über dem zweiten Stockwerk und Bebearbeitung über Schlichtung von Streifenarbeiten. Arbeitsverhältnisse sowie Anerkennung des paritätischen Arbeitsnachweises der Schildermaler wie im alten Tarif. Bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Betrieben bleiben bestehen. Der Tarifvertrag gilt vom 8. Dezember 1920 bis zum 30. April 1921 und verlängert sich bis zu einem Monat, wenn nicht vor Ablauf des Vertrages schriftlich gekündigt wird. Wiedereinstellung der streikenden Schildermaler erfolgt nach Maßgabe der vorliegenden Arbeit und der freien Arbeitsnachweises. Nachregelungen dürfen von keiner Seite stattfinden.

Die soziale Behandlung der Beamtenbeförderungsfrage haben den Reichstag zeitig bereits ihre Ergebnisse. Wie uns mitgeteilt wird, hat gestern vormittag bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte eine Abstimmung stattgefunden, um festzustellen, ob die Beamtenfrage nach Erhöhung aller Verhandlungsmöglichkeiten gewillt ist, in den Streik zu treten. Die vorliegenden Verhandlungsergebnisse lassen das Endresultat bereits erkennen. Folge der von den maßgebenden Stellen, insbesondere dem Reichsfinanzministerium, geübten Verschleppungstaktik, dürfte sich überwältigende Mehrheit der Beamenschaft für den Streik entscheiden.

Bez. Sonderbeihilfe für langfristige Erwerbslose. Für langfristige Mitglieder, welche am 1. Dezember d. Js. noch arbeitend waren, und in den vorangegangenen 6 Monaten mindestens 8 Wochen Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, kommt in der Woche vom 13. bis 18. d. Ms. eine Ertragsunterstützung zur Auszahlung. Meldungen müssen bis zum 18. 12. 20 in der Auszahlungsstelle, im Marinehaus, Am Köllnischen Park, Brandenburg-Ufer, eingelaufen sein. Gewährt wird die Hälfte der Höhe, welche bei der letzten Sonderbeihilfe gezahlt wurde.

Personal der Buchdruckerei Gewe, welches an der Ausperrung beteiligt war, wird zum Montag, den 13. Dezember 1920, nachmittags 4 1/2 Uhr, Alexandrinenstraße 44 zur Versammlung geladen.

Achtung! Aga! Montag, den 13. Dezember, vormittags 10 Uhr, Streikerversammlung, Gewerkschaftshaus, Engelauer Straße.

BERLIN C  
Spandauer Str. 16  
Gegr. 1815

# MISRAEL

BERLIN C  
Königstrasse 11-14  
Gegr. 1815

Seit 105 Jahren

Im Zentrum Berlins - ein Zentrum des Warenhandels

Vorteilhafte Preise - Qualitätswaren - Große Auswahl



### Damenwäsche

- Taghemd im Rumpf gestickt, m. Langette 39 00
- Taghemd dreimal Einsatz u. Stickerel-Ansatz... 42 00
- Nachthemd mit Stickerel-Ansatz, viereckig... 78 00
- Beinkleid mit Stickerel-Ansatz 39 00
- Prinzeßrock... 150 00

### Taschentücher

- Damentücher weiß Batist mit Hohlraum, Medaillon und eingest. kt. Buchstaben, 33x35 cm... 595
- Herrentücher weiß Linon, 42x42 cm... Mit eingest. Buchstaben... 640
- Kindertücher weiß mit bedruckter Kante 195

### Kinderkleid

- aus farbigem Kieled, weiß, Länge 60-85 cm 72.-

### Küchenwäsche

- Küchenhandtuch graues reinleines Gerstenkorn, 48x100 cm 975
- Wischtuch weiß Reinleinen m. roten Kanten od. Karos, 55x55 cm 1040
- Messertuch Namen, 40x70 cm grau, mit eingest. Buchstaben... 490
- Staubtuch graues weiches Lammgewebe... 245
- Poliertuch 34x35 cm, beseht... 345
- Abwaschtuch hellgraus, weiches Gewebe... 190

### Weißer Bettsatin

- gestreift, vorzügl. Qualität 82 cm Mtr. 26.- 130cm Mtr 43.-

### Sport-Artikel

- Rodel-Schlitten „Davos“ Buchenholz mit eingelassenem Latex und Eisenbeschlag 60 70 80 90 100 120 cm 25.- 37.- 41.- 47.- 58.- 70.-
- Fliegender Holländer Sportfahrzeug für Kinder, Selbstfahrer, farbig lackiert 120 00
- Sportschal in melierten Farben 3450

### Wirkwaren

- Herren-Beinkleid Trikot mit warmem Futter... 3450
- Herren-Hemd wollgemischt 39 00
- Damen-Schlupfbeckkleider reine Wolla, marine... 69 00
- Damen-Strümpfe Halbwole, schwarz... 2750
- Strickwole vorzügliche, reinwollene Qualität, schwarz, 50 Gr 750

### Reinw. Kleiderstoff

- Kammgarn, einfarbig vorzügliche Qualität... 69.-

### Elekt. Apparate

- Plättisen mit Zuleitung... 110 00
- Kocher Messing, vernickelt mit Zuleitung... 145 00
- Kochplatte vernickelt, mit Zuleitung... 125 00
- Elektr. Heizofen mit Zuleitung... 290 00
- Heizkissen Bettwärmer in abknöpfbarem Bezug u. Zuleitung 154 00

### Decken

- Tischdecken Leinen mit bunter Stickerei, ca. 150 cm rund 125 00
- Leinen mit reicher bunter Stickerei, ca. 150x180 cm 140 00
- Diwanddecken fellartig gemustert Plüsch, 150x300 cm... 390 00
- Mohairplüsch, gewirbt, in vielen Farben, 150x300cm 625 00
- Steppdecke einfarbig, doppelseit. Satin, ca. 150x200 cm 285 00
- Dauendecke in spärlichen Blumenmustern u. vorzügl. Qualität 150x200 cm... 875 00

### Feder-Kopfkissen

- mit roten Inlett, 83x83 cm... 170 00

### Daunen-Deckbett

- mit roten Inlett, 130x200 cm... 429 00

### Kissergarnitur

- Sitz- und Rückenkissen vorzügliches bunter Kretan 42.-

### Hausjoppe mit Schurz

- und Ärmeln, wie Abbildung 172.-

### Schlafrock

- mit Schurz und Ärmeln... 190 00

### Farb. Oberhemden

- mit Klappmanschetten... 72 00

### Zephyr in passend Kragen u. Klappen

- Weißer Oberhemden mit 1/2-ke-Einsatz u. Klappmanschen 125 00